



Umweltbericht

**Anlage zur Teilfortschreibung zum
Regionalplan für den Planungsraum I
zur Ausweisung von Eignungsgebieten
für die Windenergienutzung**

Inhaltsverzeichnis:

1.	Einleitung	3
1.1	Inhalt und Zweck	3
1.2	Methodik der vorgenommenen Umweltprüfung und dabei aufgetretene Schwierigkeiten oder Problemfelder sowie Alternativenprüfung	3
2.	Regelungen und Ziele	10
3.	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen	15
3.1	Wesentliche Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes und dessen voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung.....	15
3.1.1	Mensch	15
3.1.2	Tiere und Pflanzen	15
3.1.3	Boden	20
3.1.4	Wasser.....	21
3.1.5	Klima.....	22
3.1.6	Landschaft	23
3.1.7	Sachgüter	25
3.2	Darstellung der voraussichtlichen erheblichen Umweltwirkungen, der Maßnahmen zur Verhinderung, zur Verringerung und zum Ausgleich erheblicher negativer Umweltwirkungen sowie Kurzdarstellung der Gründe für die Wahl der geprüften Alternativen	25
3.2.1	Allgemeine Bewertung der Umweltwirkungen auf die Schutzgüter	25
3.2.2	Darstellung der einzelnen Eignungsgebiete für die Windenergienutzung inklusive Maßnahmen zur Verhinderung, zur Verringerung und zum Ausgleich erheblicher negativer Umweltwirkungen	30
3.2.3	Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen und Schutzzwecken von NATURA 2000-Gebieten	32
3.2.4	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag	34
4.	Maßnahmen zur Überwachung (Monitoring)	37
5.	Nichttechnische Zusammenfassung	39
6.	Literaturverzeichnis	40
Anhang Fehler! Textmarke nicht definiert.	

1. Einleitung

Bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen ist entsprechend § 9 des Raumordnungsgesetzes (ROG)¹ eine Umweltprüfung durchzuführen. Diese Prüfung ist von der für den Raumordnungsplan zuständigen Stelle vorzunehmen. In Schleswig-Holstein ist dies für die Regionalplanung die Landesplanungsbehörde. Dabei sind die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen des Raumordnungsplans auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern zu ermitteln und in einem Umweltbericht frühzeitig zu beschreiben und zu bewerten. Die erforderlichen Inhalte eines Umweltberichtes werden im Anhang 1 des ROG dargestellt.

1.1 Inhalt und Zweck

Die Teilfortschreibung des Regionalplanes für den Planungsraum I schreibt den geltenden Regionalplan für den Planungsraum I, Fortschreibung 1998 vom 16.07.1998 (Amtsblatt Schl.-H. 1998, S. 751) für die Ziffer 6.4.2 fort. Sie soll eine geordnete Nutzung der regenerativen Energiequelle Windkraft in den Kreisen Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg und Stormarn sicherstellen. Die Teilfortschreibung konkretisiert somit den Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 (LEP)². Dies geschieht durch die Ausweisung von Eignungsgebieten für Windenergienutzung. Zudem werden die charakteristischen Landschaftsräume gemäß Ziffer 3.5.2 Absatz 10 LEP unter Berücksichtigung der Schwerpunktbereiche des Vogelzuges gemäß Ziffer 3.5.2 Absatz 8, letzter Spiegelstrich LEP räumlich definiert. Die Teilfortschreibung beinhaltet zudem Sonderregelungen zu einzelnen Gemeinden oder Flächen.

Durch die Ausweisung weiterer Eignungsgebiete wird der Grundsatz der Raumordnung gemäß Ziffer 3.5.2 Absatz 1 LEP umgesetzt, wonach der Ausbau der Windenergienutzung unter Berücksichtigung aller relevanten Belange fortgesetzt werden soll. Gemäß Ziffer 3.5.2 Absatz 3 LEP sind insgesamt circa 1,5 % der Landesfläche in den Regionalplänen als Eignungsgebiete für die Windenergienutzung festzulegen. Durch die Erweiterung bestehender Eignungsgebiete und Anreize für ein Repowering außerhalb von Eignungsgebieten sollen Anlagenstandorte konzentriert werden, um den Eingriff in das Orts- und Landschaftsbild zu minimieren. In den Regionalplänen werden allgemein die Grundsätze und Ziele der Raumordnung in einer Karte und einem Textteil festgelegt.

In der Planungshierarchie der Raumordnung Schleswig-Holsteins steht der Regionalplan für den Planungsraum I auf der mittleren Ebene. Er wird aus dem LEP entwickelt und konkretisiert diesen. Gemäß Ziffer 3.5.2 des LEP ist es Ziel der Raumordnung, dass in den Regionalplänen Eignungsgebiete für die Windenergienutzung nach bestimmten, dort genannten Kriterien festgelegt werden.

Die Bauleitpläne der Gemeinden sind den Zielen der Raumordnung und damit dem Regionalplan anzupassen. Der Regionalplan und seine Teilfortschreibung werden unter Berücksichtigung der Entwicklungsvorstellungen der Gemeinden entwickelt.

1.2 Methodik der vorgenommenen Umweltprüfung und dabei aufgetretene Schwierigkeiten oder Problemfelder sowie Alternativenprüfung

Die Umweltprüfung für den Entwurf der Teilfortschreibung für den Regionalplan für den Planungsraum I erfolgt auf der Grundlage der nachfolgend beschriebenen Methodik. Gegenstand der Umweltprüfung sind die einzel-

¹ Raumordnungsgesetz, Artikel 1 des Gesetzes vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585)

² Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 vom 13. Juli 2010 (Amtsblatt Schl.-H. S. 719)

nen Eignungsflächen inklusive der Sonderregelungen für die Windenergienutzung sowie die charakteristischen Landschaftsräume sowohl im textlichen Teil als auch in der zeichnerischen Darstellung des Regionalplans. Die Teilfortschreibung schreibt für den Bereich Windenergienutzung den geltenden Regionalplan für den Planungsraum I von 1998³ fort. Als Referenzsystem für die Bewertung der Umweltauswirkungen wird die in Kapitel 3 des Umweltberichts aufgezeigte Entwicklung der Umweltsituation bei Fortgeltung des Regionalplans für den Planungsraum I von 1998 (Status-quo-Prognose) herangezogen. Insofern konzentriert sich die Umweltprüfung auf die Festlegungen der Teilfortschreibung, die gegenüber dem Regionalplan für den Planungsraum I von 1998 geändert oder neu eingefügt wurden. Für die Gesamtbewertung kommt es also maßgeblich auf die Unterschiede an, die sich aus veränderten Festlegungen ergeben.

Datenbasis und Datenlücken

Die Untersuchungstiefe ergibt sich aus der Position der Teilfortschreibung des Regionalplans in der Hierarchie der Raumordnungspläne und der Maßstabsebene von 1:100.000. Weitergehende Prüfungen sind daher im Zuge der Bauleitplanung der Gemeinden oder bei den Genehmigungsverfahren für die Windkraftanlagen erforderlich.

Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die Beschreibung des derzeitigen Umweltzustandes (Kapitel 3.1 des Umweltberichtes) auf die durch die Auswirkungen der Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung besonders betroffenen Schutzgüter. Die anderen Schutzgüter werden weniger ausführlich beschrieben. Zur Bewertung der Auswirkungen (Kapitel 3.2 des Umweltberichtes) wurden nur vorhandene Daten verwendet, eigene Erhebungen sind nicht erfolgt.

Entsprechend Ziffer 3.5.2 des LEP 2010 sind in den Regionalplänen Eignungsgebiete für die Windenergienutzung festzulegen. Auf der Grundlage von Geobasisdaten im entsprechenden Maßstab, naturschutzfachlichen Daten des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR) sowie raumordnerischer Daten des Innenministeriums (IM) wurden anhand der im LEP genannten Kriterien die Eignungsgebiete für die Windenergienutzung für diese Teilfortschreibung entwickelt.

Der LEP nennt verschiedene Kriterien, denen diese Eignungsgebiete unterliegen. Danach soll / sollen

- die Ausweisung maßvoll und vorrangig durch Arrondierung vorhandener Flächen erfolgen,
- vorhandene Eignungsgebiete überprüft und gegebenenfalls angepasst werden,
- für einzelne Windkraftanlagen keine Eignungsgebiete ausgewiesen werden,
- Eignungsgebiete die Errichtung von Windparks ermöglichen,
- die Ausweisung neuer Eignungsgebiete auch den Flächenbedarf für industriell-gewerbliche Entwicklung und Erprobung berücksichtigen und
- außerhalb der Eignungsgebiete die Errichtung von Windkraftanlagen ausgeschlossen sein.

Der Absatz 8 der Ziffer 3.5.2 LEP listet Ausschlussgebiete auf, in denen keine Eignungsgebiete ausgewiesen werden dürfen und der Absatz 9 der Ziffer 3.5.2 LEP ergänzt diese um Ausschlussgebiete, in denen die Festlegung von Windenergieeignungsgebieten zulässig sein kann, wenn die Errichtung von Windkraftanlagen im Einzelfall mit dem Schutzzweck dieser Gebiete zu vereinbaren ist (Ausschlussgebiete mit der Möglichkeit der Feinsteuerung auf Regionalplanebene).

Darüber hinaus können in den Regionalplänen entsprechend Ziffer 3.5.2 Absatz 10 LEP Gebiete, die weitgehend durch die vorgenannten Gebietstypen geprägt und in ihrer Gesamtheit unter Einschluss von Randgebieten und Pufferzonen als besonderer prägender charakteristischer Landschaftsraum anzusehen sind, als Ausschlussgebiete festgelegt werden.

Weitere Kriterien, die bei der Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windkraftnutzung berücksichtigt wurden, enthält der Gemeinsame Runderlass des Innenministeriums, des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr: Grundsätze zur Planung

³ Regionalplan für den Planungsraum I – Schleswig-Holstein Süd, Kreise Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg und Stormarn, Fortschreibung 1998 (Amtsbl. Schl.-H. 1998, S. 751)

von Windkraftanlagen vom 22.03.2011⁴. Hierbei handelt es sich um die einzuhaltenden Abstände der Windkraftanlagen zu bestimmten Nutzungsarten.

Nutzungsart	Abstände gem. Runderlass vom 4. Juli 1995	Abstände gem. Runderlass vom 22. März 2011
Einzelhäuser und Siedlungssplitter (bis 4 Häuser) / Einzelhäuser und Splittersiedlungen im Außenbereich	300 m	400 m
ländliche Siedlungen	500 m	800 m
städtische Siedlungen	1.000 m	800 m
Sondergebiete, die der Erholung dienen	1.000 m	800 m
Gewerbe- und Industriegebiete, auch am Siedlungsrand		500 m
Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen, Kreisstraßen Nicht elektrifizierte Schienenstrecken	ca. 100 m	Mindestens ein Abstand von einmal der Höhe der Anlage bei Festlegung von Einzelstandorten, wenn durch geeignete technische Maßnahmen die Gefahr des Eiswurfes ausgeschlossen werden kann. Ist dies nicht der Fall, so ist ein Mindestabstand von 400 m einzuhalten.
Hochspannungsleitungen ab 30 kV und elektrifizierte Bahntrassen	50 m	mit Schwingungsschutzmaßnahmen: 1 x Rotordurchmesser ohne Schwingungsschutzmaßnahmen: 3 x Rotordurchmesser
hoheitlich betriebene Richtfunkstrecken	50 - 100 m	Auf einer Korridorbreite von 200 m gilt eine Höhenbeschränkung auf 100 m.
militärische Anlagen	äußere Schutzbereichszone	einzelfallabhängig
Nationalparke, Naturschutzgebiete (auch geplante, soweit die Gebiete einstweilig sichergestellt sind, in Landschaftsrahmenplänen ausgewiesen und/oder ein Verfahren nach § 22 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG in Verbindung mit § 19 LNatSchG eingeleitet ist) sowie sonstige Schutzgebiete (u.a. nach der Ramsar-Konvention, EU-Vogelschutzgebiete) und besonders schutzwürdige Wasserflächen und Strandwälle/Küstendünen	mindestens 200 m, im Einzelfall bis 500 m	300 m + Rotorradius
Brutplätze von Großvögeln		einzelfallabhängig je nach Empfindlichkeit der Art

⁴ Gemeinsamer Runderlass des Innenministeriums, des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr: Grundsätze zur Planung von Windkraftanlagen vom 22.03.2011 (Amtsbl. Schl.-H. 2011, S. 196)

Nutzungsart	Abstände gem. Runderlass vom 4. Juli 1995	Abstände gem. Runderlass vom 22. März 2011
Waldgebiete ab 0,2 ha Größe	200 m	100 m + Rotorradius
Gewässer 1. Ordnung	mindestens 50 m	50 m + Rotorradius
Landesschutzdeiche landseitig, bzw. Mitteltide-Hochwasserlinie	mind. 300 m, mind. 500 m	mind. 300 m + Rotorradius, mind. 500 m + Rotorradius
Kulturdenkmäler und Archäologische Denkmäler, Welterbestätten, Denkmalbereiche, Grabungsschutzgebiete		Abstände sind im Einzelfall vor allem von Sichtbeziehungen abhängig.
Flugplätze und Landeplätze Flugsicherungseinrichtungen		In Abhängigkeit von der Entfernung zum Bau-schutzbereich gibt es Bauverbotszonen bzw. Höhenbeschränkungen
benachbarte Grundstücke		Einzelfall bezogene Berechnung, nach Erlass des Innenministeriums vom 17.06.2009 i.V.m. § 6 Abs. 5 LBO; nur im Genehmigungsverfahren von Einzelvorhaben zu berücksichtigen

Tabelle 1: Abstandskriterien Runderlasse 1995 und 2011

Zur Bestimmung der Eignungsflächen für die Windenergienutzung ist mit den Kreisen und kreisfreien Städten das folgende Verfahren abgestimmt worden. Dadurch wurde eine sehr frühzeitige Einbeziehung der Kreise und kreisfreien Städte gewährleistet. Dies hat sich in der Vergangenheit bei ähnlichen Verfahren bewährt.

Phase 1 – Erarbeitung von Kreiskonzepten

Gemäß § 6 Absatz 3 des Landesplanungsgesetzes⁵ sind die Kreise und kreisfreien Städte an der Entwurfserstellung von Regionalplänen zu beteiligen. Auch vor diesem Hintergrund sind in einer ersten Phase (Phase 1) die Kreise und kreisfreien Städte von der Regionalplanung aufgefordert worden, auf Basis dieser Kriterien so genannte **Kreiskonzepte** zu entwickeln. Dazu sind ihnen vom IM die o.g. Geobasisdaten und die relevanten naturschutzfachlichen und raumordnerischen Daten zur Verfügung gestellt worden. Hierbei ist anzumerken, dass zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf die Regelungen des Gemeinsamen Runderlasses von 2011 zurückgegriffen werden konnte. Der Gemeinsame Runderlass vom 04. Juli 1995 „Grundsätze zur Planung von Windenergieanlagen“ und der Ergänzungserlass aus dem Jahre 2003 hatten zum 01.01.2010 ihre Gültigkeit verloren. Um jedoch schon mit der Aufstellung der Kreiskonzepte beginnen zu können, sollten sich die Kreise und kreisfreien Städte an den Regelungen des Erlasses von 1995 orientieren. Verbunden war dies mit dem Hinweis, dass im Laufe der Entwurfserstellung für das formelle Verfahren noch eine Anpassung durch den neuen Runderlass erfolgen werde. In der Tabelle 1 sind die Abstandsregelungen des Erlasses von 1995 und des Erlasses von 2011 gegenübergestellt.

Aufgrund der Parallelität der Verfahren Runderlass und Teilfortschreibung flossen die geänderten Abstände erst in Phase 2, also der Entwurfserstellung durch den Träger der Regionalplanung, in die Bestimmung der Eignungsgebiete ein. Diese Vorgehensweise wurde zugunsten einer möglichst frühen Erarbeitung der Kreiskonzepte gewählt. Durch die Einbindung der Kreise in die Phase 2 wurde gewährleistet, dass diese ihre Interessen auch zu diesem Zeitpunkt noch einbringen konnten.

⁵ Gesetz über die Landesplanung (Landesplanungsgesetz – LaPlaG) vom 10. Februar 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 232), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 542)

In einem ersten Schritt zu Phase 1 wurden die Suchräume von den Kreisen durch Abfrage bei den kreisangehörigen Gemeinden unter Beachtung der genannten Kriterien ermittelt. In einem zweiten Schritt sind die ermittelten Suchräume schon möglichst weitgehend hinsichtlich der konkreten Standortbedingungen im Einzelfall geprüft worden.

Die Kreise wurden aufgefordert, im Interesse einer Konzentration der Windenergienutzung und vor dem Hintergrund des verwendeten Maßstabs in der Regel nur Gebiete ab 20 ha Größe auszuweisen. Hintergrund hierfür ist, dass die Eignungsgebiete für Windparks ausgewiesen werden sollen und nicht für Einzelanlagen. Ein Windpark beginnt dabei bei drei Anlagen und diese benötigen mindestens 20 ha Fläche.

Bereiche, durch die Hochspannungsleitungen, Richtfunkstrecken o. ä. verlaufen, sollten als ein geschlossenes Gebiet dargestellt werden (keine Teilräume). Bei bestehenden Eignungsgebieten sollten im Abwägungsprozess Gesichtspunkte des Vertrauensschutzes (erhebliche Infrastrukturinvestitionen), Eigentümerinteressen sowie Kontinuität und Verlässlichkeit in der Planung besonders berücksichtigt werden.

Der Bestand der vorhandenen Windenergieanlagen wurde dabei nach Möglichkeit gesichert sowie der Bau weiterer Anlagen vorgesehen, wobei bereits sinnvolle Lage- und Flächenoptimierungen in Form von Arrondierungen vorhandener Eignungsgebiete vorgenommen werden konnten.

Neben der kartographischen Darstellung der potenziellen Eignungsflächen ist von den Kreisen zu jeder von den Gemeinden vorgeschlagenen Fläche eine Begründung aus Sicht des Kreises geliefert worden, wie sich ihre Eignung begründet, beziehungsweise aufgrund welcher Kriterien sie nicht in das Kreiskonzept aufgenommen wurde.

Über die vorgenannten Abstands- und Ausschlusskriterien des LEP und des Gemeinsamen Erlasses hinaus wurden den Kreisen von der Regionalplanung weitere Kriterien genannt, um schon auf Ebene der Kreiskonzepte eine möglichst umfassende Abwägung sicherzustellen:

1. Vorbelastung des Orts- und Landschaftsbildes
Eine Vorbelastung kann bedeuten, dass bereits vorbelastete Gebiete für die Errichtung weiterer Windkraftanlagen solchen Gebieten vorzuziehen sind, die bislang von Windkraftanlagen / Windparks großflächig unberührt sind. Es kann aber auch bedeuten, dass durch bestehende Anlagen bereits eine Belastungsgrenze für die Landschaft und die dort wohnenden Menschen erreicht ist.
2. Anpassung vorhandener Eignungsgebiete.
3. Berücksichtigung von militärischen Schutzbereichen.
4. Berücksichtigung weiterer Kriterien nach regionalen und lokalen Gegebenheiten, zum Beispiel Auswirkungen auf den Tourismus, Lärmauswirkung auf bewohnte Gebiete, Berücksichtigung der künftigen gemeindlichen Entwicklung, Berücksichtigung der Inhalte des Landschaftsplanes und Rücksichtnahme auf Planungen benachbarter Gemeinden.
5. Freihaltung von Biotopverbund-Flächen.
6. Vertiefende Berücksichtigung wesentlicher Naturschutzbelange über den bisherigen Kriterienkatalog hinaus. Kriterien konnten zum Beispiel sein: artenspezifische Besonderheiten, Flugkorridore seltener beziehungsweise geschützter Vogelarten oder auch Bereiche, deren Landschaftsbild besonders empfindlich gegenüber Beeinträchtigungen ist.

Die Kreise waren aufgefordert, ihre Konzepte in mehreren Karten mit unterschiedlichen Layern (Darstellungen) an die Landesplanung zu übermitteln, so dass die Entscheidungsfindung der Kreise gut nachvollzogen werden konnte.

- Im 1. Layer sind alle Potenzialflächen enthalten, die nach Anwendung der von der Landesplanung mit dem ersten Schreiben vorgegebenen Ausschlusskriterien verbleiben.

- Im 2. Layer sind alle Potenzialflächen aufgeführt, die nach Anwendung der von der Landesplanung herausgegebenen erweiterten Abwägungskriterien noch verbleiben.
- Der 3. Layer enthält alle Potenzialflächen, die nach Anwendung gegebenenfalls weiterer kreis- / regionspezifischer Kriterien, die die Kreise jeweils selbst bestimmt haben, übrig bleiben, mit Abstufung nach folgenden Kriterien:
 1. Arrondierung vorhandener Eignungsgebiete,
 2. Ausweisung vorhandener Repowering-Flächen als Eignungsgebiete,
 3. Arrondierung von Repowering-Flächen, die als Eignungsgebiete ausgewiesen werden,
 4. Neuausweisung von Eignungsgebieten.
- Im 4. Layer sind alle Gemeindewünsche, unabhängig von der Eignung, enthalten. In diesem Layer wurden auch Gemeinden markiert, die ein ablehnendes Votum zu neuen Eignungsflächen abgegeben haben.

Phase 2 – Weißflächenkartierung und Entwurfserstellung durch die Landesplanung

Parallel zu den Kreiskonzepten ist im Auftrag der Landesplanung von einem externen Büro eine digitale **Weißflächenkartierung** durchgeführt worden. Hierfür wurden die Ausschlussgebiete gemäß Ziffer 3.5.2 Absätze 8 und 9 des LEP sowie bereits die Abstandsregelungen des neuen gemeinsamen Runderlasses verwendet (siehe Tabelle 1). Ergebnis waren die Potenzialflächen der Landesplanung.

Ziel dieser Weißflächenkartierung war es, eine landesweit einheitliche, möglichst objektive Auswertung zu erhalten, die den Kreiskonzepten zur Überprüfung gegenübergestellt werden konnte. Dabei hat sich gezeigt, dass bei der Erarbeitung der Kreiskonzepte häufig anders als vorgesehen oder weniger genau vorgegangen worden war und im Ergebnis Flächen gemeldet wurden, die sich nur teilweise mit den landesplanerischen Kriterien decken.

Vor diesem Hintergrund wurden für die Benennung derjenigen Flächen, die als neue Eignungsgebiete in Frage kommen, noch einmal sämtliche von den Kreisen in ihren Kreiskonzepten gemeldeten Flächen sowie alle von den Gemeinden gemeldeten Flächen, die nicht in den Kreiskonzepten enthalten waren, überprüft. Dabei sind auch Planungsraumgrenzen überschreitende Auswirkungen innerhalb Schleswig-Holsteins einbezogen worden. Zu jeder Fläche wurde ein Votum für oder gegen eine Übernahme als Eignungsgebiet für die Windenergienutzung abgegeben. Kriterien hierfür waren:

- die Übereinstimmung mit den Ausschlusskriterien,
- Arrondierung oder Neuausweisung eines Eignungsgebietes,
- das Votum der Gemeinde,
- das Votum des Kreises,
- Größe der Fläche und
- etwaige bereits vorliegende Stellungnahmen.

Ergebnis dieser Überprüfung war ein erster Vorentwurf der Landesplanung mit Vorschlägen zu potenziellen Eignungsgebieten für die Windenergienutzung. Dieser Vorentwurf wurde anschließend intensiv in Gesprächen mit den Kreisverwaltungen erörtert und mit den relevanten obersten und oberen Landesbehörden (Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR), Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Landesamt für Denkmalpflege, Archäologisches Landesamt, Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (Dezernat Luftfahrt)) abgestimmt.

Phase 3 – Anhörungsverfahren

Der 1. Entwurf ist anschließend in ein dreimonatiges Anhörungs- und Beteiligungsverfahren eingebracht worden. Im Rahmen dieses Anhörungs- und Beteiligungsverfahrens sind von Seiten der Kommunen, anderer öffentlicher Stellen, der Verbände und Kammern sowie der Öffentlichkeit zahlreiche Stellungnahmen eingereicht worden. Diese wurden ausgewertet und mit den relevanten obersten und oberen Landesbehörden (Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR), Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche

Räume, Landesamt für Denkmalpflege, Archäologisches Landesamt, Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (Dezernat Luftfahrt)) abgestimmt. Anschließend wurde der Entwurf entsprechend geändert.

Dabei wurde deutlich, dass die Änderungen der Teilfortschreibungen gegenüber der Entwurfsfassung der 1. Anhörung so erheblich sind, dass gemäß § 10 Absatz 1 Satz 4 Raumordnungsgesetz eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit erforderlich ist. Hierbei wurden dieselben Stellen wie im 1. Anhörungsverfahren beteiligt. Die Beteiligungsfrist wurde auf 6 Wochen festgelegt. Sie lag damit zwei Wochen über der gesetzlichen Beteiligungsfrist von einem Monat. Es wurden zudem folgende Hinweise gegeben:

- Zu allen Änderungen (Flächenneuausweisungen, Flächenerweiterungen und Flächenstreichungen) gegenüber dem Planungsstand des 1. Entwurfes kann Stellung genommen werden.
- Unberücksichtigt bleiben Flächenneuanmeldungen und Stellungnahmen zu Flächen, die gegenüber dem 1. Entwurf unverändert geblieben sind, soweit sich hieraus keine neuen abwägungsrelevanten Tatsachen ergeben.

Nach Ablauf der Beteiligungsfrist wurden die eingegangenen Stellungnahmen wiederum ausgewertet und die Anregungen und Hinweise untereinander abgewogen sowie innerhalb der Landesregierung erneut abgestimmt. Anschließend wurde der Entwurf entsprechend geändert.

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode wurden die Ressortzuschnitte der Landesregierung Schleswig-Holstein geändert. In diesem Zuge ist die Landesplanung im September 2012 vom Innenministerium in die Staatskanzlei verlagert worden.

Alternativenprüfung

Alternativflächen sind im Rahmen der hier beschriebenen Methodik geprüft worden. Sie entsprachen in den einzelnen Schritten nicht den jeweiligen Auswahlkriterien, die vorrangig Umweltaspekte umfassen, und sind daher nicht weiter verfolgt worden.

2. Regelungen und Ziele

In den einschlägigen Gesetzen und Plänen sind die folgenden Ziele des Umweltschutzes enthalten, die für die Teilfortschreibung des Regionalplans I relevant sind⁶. Hierbei wird eine Abschichtung vorgenommen, da zum einen weitergehende Ausführungen bereits im Umweltbericht zum LEP enthalten sind, der insbesondere auch Regelungen und Pläne der Europäischen Union beschreibt. Zum anderen werden im Rahmen der Genehmigungsverfahren für die eigentlichen Windkraftanlagen tiefer gehende Umweltprüfungen notwendig sein, die detailliertere Regelungen wie zum Beispiel die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) beinhalten.

Schutzgut	Regelung / Planaussage
alle Schutzgüter	<p>Der LEP 2010, Ziffer 3.5.2 enthält mehrere Absätze zur geordneten Planung von Windenergieanlagen, die dem Schutz der Natur und der Landschaft dienen. Es wird zudem auf den Runderlass zur Planung von Windenergieanlagen verwiesen, der insbesondere Regelungen zur Abstandshaltung zu schutzwürdigen Nutzungen wie zum Beispiel Wälder und Gewässer aber auch Siedlungen und Straßen beinhaltet.</p> <p>Das Landschaftsprogramm Schleswig-Holstein⁷ von 1999 und insbesondere der weiter konkretisierende und noch geltende Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum I⁸ von 1998 enthalten eine Vielzahl von Zielsetzungen und Planungen zum Schutz und zur Entwicklung aller Schutzgüter. Sie bilden eine der wichtigsten Grundlagen für diesen Umweltbericht.</p>
Mensch	<p>Der Umweltbericht zum Landesentwicklungsplan 2010 enthält ausführliche Aussagen zum Schutzgut Mensch, die auch für den Regionalplan I gelten. In Bezug auf die Teilfortschreibung sind dies insbesondere die Aussagen zum Schutz vor Lärm- und Lichtemissionen.</p> <p>BImSchG⁹ § 1 (1): Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen.</p> <p>BImSchG § 3 (2): Immissionen im Sinne dieses Gesetzes sind auf Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter einwirkende Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Umwelteinwirkungen.</p> <p>BImSchG § 3 (3): Emissionen im Sinne dieses Gesetzes sind die von einer Anlage ausgehenden Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen.</p>

⁶ Um den Rahmen des Umweltberichtes nicht zu sprengen, werden hier nur die jeweils wichtigsten Regelungen und Ziele aufgeführt.

⁷ Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein (1999): Landschaftsprogramm Schleswig-Holstein 1999

⁸ Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein (1998): Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum I – Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg

⁹ Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel des Gesetzes vom 01. März 2011 (BGBl. I S. 282)

Pflanzen / Tiere	<p>FFH-Richtlinie¹⁰ (Artikel 2): (1) Diese Richtlinie hat zum Ziel, zur Sicherung der Artenvielfalt durch die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen im europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten, für das der Vertrag Geltung hat, beizutragen.</p> <p>(2) Die aufgrund dieser Richtlinie getroffenen Maßnahmen zielen darauf ab, einen günstigen Erhaltungszustand der natürlichen Lebensräume und wildlebenden Tier- und Pflanzenarten von gemeinschaftlichem Interesse zu bewahren oder wiederherzustellen.</p> <p>(3) Die aufgrund dieser Richtlinie getroffenen Maßnahmen tragen den Anforderungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur sowie den regionalen und örtlichen Besonderheiten Rechnung.</p> <p>FFH-Richtlinie (Artikel 3): (1) Es wird ein kohärentes europäisches ökologisches Netz besonderer Schutzgebiete mit der Bezeichnung „Natura 2000“ errichtet. Dieses Netz besteht aus Gebieten, die die natürlichen Lebensraumtypen des Anhangs I sowie die Habitate der Arten des Anhangs II umfassen, und muss den Fortbestand oder gegebenenfalls die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes dieser natürlichen Lebensraumtypen und Habitate der Arten in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet gewährleisten.</p> <p>Das Netz „Natura 2000“ umfasst auch die von den Mitgliedstaaten aufgrund der Richtlinie 79/409/EWG ausgewiesenen besonderen Schutzgebiete.</p> <p>EU-Vogelschutzrichtlinie¹¹ (Artikel 1): (1) Diese Richtlinie betrifft die Erhaltung sämtlicher wildlebenden Vogelarten, die im europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten, auf welches der Vertrag Anwendung findet, heimisch sind. Sie hat den Schutz, die Bewirtschaftung und die Regulierung dieser Arten zum Ziel und regelt die Nutzung dieser Arten.</p> <p>BNatSchG¹² §1 (1) Nr. 1: Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze so zu schützen, dass die biologische Vielfalt auf Dauer gesichert sind; der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.</p> <p>(2) Zur dauerhaften Sicherung der biologischen Vielfalt sind entsprechend dem jeweiligen Gefährungsgrad insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. lebensfähige Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten zu erhalten und der Austausch zwischen den Populationen sowie Wanderungen und Wiederbesiedelungen zu ermöglichen, 2. Gefährdungen von natürlich vorkommenden Ökosystemen, Biotopen und Arten entgegenzuwirken, 3. Lebensgemeinschaften und Biotope mit ihren strukturellen und geografischen Eigenheiten in einer repräsentativen Verteilung zu erhalten; bestimmte Landschaftsteile sollen der natürlichen Dynamik überlassen bleiben. <p>BNatSchG §13: Erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind vom Verursacher vorrangig zu vermeiden. Nicht vermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen sind durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen oder, soweit dies nicht möglich ist, durch einen Ersatz in Geld zu kompensieren.</p>
---------------------	--

¹⁰ Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie), (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 206 vom 22.07.1992, S. 7), zuletzt geändert durch Richtlinie 2006/105/EG des Rates vom 20. November 2006 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 363 vom 20.12.2006, S. 368)

¹¹ Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (EU-Vogelschutzrichtlinie) (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 103 vom 25.04.1979, S. 1)

¹² Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)

	<p>Das BNatSchG enthält zudem Regelungen zum Schutz der Tiere und Pflanzen in Biotopverbünden, Naturschutzgebieten, Nationalparks und Nationalen Naturmonumenten, Biosphärenreservaten, Naturparks, gesetzlich geschützten Biotopen, zum Netz „NATURA 2000“ und zum Artenschutz (siehe hierzu Kapitel 3.2.4).</p> <p>Das LNatSchG¹³ übernimmt die Zielsetzungen des BNatSchG und ergänzt sie.</p>
Boden	<p>BBodSchG¹⁴ § 1: Zweck dieses Gesetzes ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden.</p> <p>Das LBodSchG¹⁵ übernimmt die Zielsetzung des BBodSchG.</p>
Wasser	<p>WHG¹⁶ § 1: Zweck dieses Gesetzes ist es, durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut zu schützen.</p> <p>LWG¹⁷ § 2 (1): Die Gewässer sind als Bestandteile des Naturhaushaltes und als Lebensgrundlage für den Menschen zu schützen und zu pflegen. Ihre biologische Eigenart und Vielfalt sowie ihre wasserwirtschaftliche Funktionsfähigkeit sind zu erhalten und bei Beeinträchtigungen wiederherzustellen.</p> <p>Die Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme für die Flussgebietseinheiten Eider, Schlei/Trave und Elbe¹⁸ gemäß der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)¹⁹ haben zum Ziel, für alle Gewässer (Oberflächengewässer und das Grundwasser) bis 2015 einen guten ökologischen Zustand oder ein gutes ökologisches Potenzial zu erreichen.</p> <p>Die Landesverordnungen zur Festsetzung von Überschwemmungsgebieten an der Pinnau und ihrer Nebenläufe Mühlenau und Bilsbek, an der Unteren Trave, an der Krückau und ihrem Nebenlauf Offenau, an der Stör und an der Bramau, an der Bille sowie an der Alster zeigen die Bereiche auf, in denen es gemäß § 78 WHG untersagt ist, bauliche Anlagen nach den §§ 30, 33, 34 und 35 des Baugesetzbuchs zu errichten oder zu erweitern.</p>
Klima	<p>BImSchG § 1 (1): Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeu-</p>

¹³ Gesetz zum Schutz der Natur (Landesnaturenschutzgesetz - LNatSchG) vom 24. Februar 2010 (GVOBl. Schl.-H., S. 301)

¹⁴ Bundes-Bodenschutzgesetz (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3214)

¹⁵ Gesetz zur Ausführung und Ergänzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Landesbodenschutz- und Altlastengesetz - LBodSchG) vom 14. März 2002 (GVOBl. Schl.-H., S. 60), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.06.2007 (GVOBl. Schl.-H., S.292)

¹⁶ Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 11. August 2010 (BGBl. I S. 1163)

¹⁷ Wassergesetz des Landes Schleswig-Holstein (Landeswassergesetz - LWG) in der Fassung vom 11. Februar 2008 (GVOBl. Schl.-H., S. 91), zuletzt mehrfach geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.03.2010 (GVOBl. S. 365) / LVO v. 15.12.2010 (GVOBl., S. 850)

¹⁸ Weitere Informationen zu den Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen finden sich unter www.wasser.sh

¹⁹ Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 327 vom 22.12.2000, S. 1)

	<p>gen.</p> <p>Der 2008 vom Kabinett verabschiedete Aktionsplan Klimaschutz²⁰ des Landes Schleswig-Holstein beschreibt Maßnahmen, die ein großes Treibhausgasminderpotenzial besitzen und kurz- bis mittelfristig umgesetzt werden können. Ein Maßnahmenbereich betrifft den Sektor Energie. Neben Energiesparen und Steigerung der Energieeffizienz sollen auch mehr erneuerbare Energien genutzt werden. Bezüglich der Windkraft ist es Ziel, bis 2020 rechnerisch mindestens 100 Prozent des Stromverbrauchs des Landes klimafreundlich aus Windenergie zu erzeugen.</p> <p>Der Klimaschutzbericht 2009²¹ der Landesregierung greift diese Zielsetzungen auf und stellt fest, dass unter den Erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein die Windenergie die „Leitenergie“ ist, deren Ausbau weiterhin forciert werden soll.</p>
Landschaft	<p>BNatSchG §1 (1) Nr. 3: Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze so zu schützen, dass die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind; der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.</p> <p>(4) Zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft sind insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Naturlandschaften und historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern, vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren, 2. zum Zweck der Erholung in der freien Landschaft nach ihrer Beschaffenheit und Lage geeignete Flächen vor allem im besiedelten und siedlungsnahen Bereich zu schützen und zugänglich zu machen. <p>(5) Großflächige, weitgehend unzerschnittene Landschaftsräume sind vor weiterer Zerschneidung zu bewahren. Die erneute Inanspruchnahme bereits bebauter Flächen sowie die Bebauung unbebauter Flächen im beplanten und unbeplanten Innenbereich, soweit sie nicht für Grünflächen vorgesehen sind, hat Vorrang vor der Inanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich.</p> <p>BNatSchG §13: Erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind vom Verursacher vorrangig zu vermeiden. Nicht vermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen sind durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen oder, soweit dies nicht möglich ist, durch einen Ersatz in Geld zu kompensieren.</p> <p>Das BNatSchG enthält zudem Regelungen zum Schutz der Landschaft in Biotopverbünden, Naturschutzgebieten, Nationalparks und Nationalen Naturmonumenten, Biosphärenreservaten, Landschaftsschutzgebieten, Naturparks, Naturdenkmälern, geschützten Landschaftsbestandteilen, gesetzlich geschützten Biotopen und zum Netz „NATURA 2000“.</p> <p>Das LNatSchG übernimmt die Zielsetzungen des BNatSchG und ergänzt sie.</p> <p>NPG²² §2: (1) Der Nationalpark dient dem Schutz und der natürlichen Entwicklung des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres und der Bewahrung seiner besonderen Eigenart, Schönheit und Ursprünglichkeit. Es ist ein möglichst ungestörter Ablauf der Naturvorgänge zu gewährleisten. Der Nationalpark ist als Lebensstätte der dort natürlich vorkommenden</p>

²⁰ Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (2008): Schleswig-Holstein – Aktiv im Klimaschutz, Seite 12

²¹ Schleswig-Holsteinischer Landtag (2009): Klimaschutzbericht 2009, Landtagsdrucksache 16/2734, Seite 118

²² Gesetz zum Schutze des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres (Nationalparkgesetz - NPG) vom 17. Dezember 1999 (GVOBl. Schl.-H., S. 518), zuletzt mehrfach geändert durch Gesetz vom 13.12.2007 (GVOBl. S. 499)

	Tier- und Pflanzenarten und der zwischen diesen Arten und den Lebensstätten bestehenden Lebensbeziehungen zu erhalten. Die Gesamtheit der Natur in ihrer natürlichen Entwicklung mit allen Pflanzen, Tieren und Ökosystemen besitzt einen zu schützenden Eigenwert.
Sachgüter	<p>BImSchG § 50: Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sind die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen im Sinne des Artikels 3 Nr. 5 der Richtlinie 96/82/EG in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete, insbesondere öffentlich genutzte Gebiete, wichtige Verkehrswege, Freizeitgebiete und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete und öffentlich genutzte Gebäude, so weit wie möglich vermieden werden.</p> <p>DSchG²³ § 18: Bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen, die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege berühren können, sind die Denkmalschutzbehörden so frühzeitig zu beteiligen, daß diese Belange in die Abwägung mit anderen Belangen eingestellt und die Erhaltung und Nutzung der Kulturdenkmale und Denkmalbereiche sowie eine angemessene Gestaltung ihrer Umgebung sichergestellt werden können.</p>

Tabelle 2: Regelungen zu den Schutzgütern

Die angegebenen Regelungen und Planaussagen sind neben anderen Aspekten Grundlage sowohl der Beschreibung des derzeitigen Umweltzustandes und dessen voraussichtlicher Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung als auch der Auswahlkriterien für die Eignungsgebiete.

²³ Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmale (Denkmalschutzgesetz - DSchG) vom 21. November 1996, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.12.2009 (GVOBl. Schl.-H., S. 904)

3. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

3.1 Wesentliche Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes und dessen voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

3.1.1 Mensch

Der Umweltbericht zum LEP 2010 beinhaltet umfassende Aussagen zum Schutzgut Mensch. Für die Teilfortschreibung zur Windenergie sind insbesondere die Ausführungen zum Schutz vor Lärm- und Lichtemissionen von Bedeutung. Eine Konkretisierung auf die Regionalplanebene wäre nicht weiterführend. Relevant für den Umweltbericht ist der Schutz der menschlichen Gesundheit.

3.1.2 Tiere und Pflanzen

Nahezu die gesamte Landfläche des Planungsraumes wird genutzt, überwiegend durch Landwirtschaft, Siedlung und Verkehr. Die potenzielle natürliche Vegetation mit großen Buchenwaldgebieten ist daher so gut wie nicht mehr vorhanden. Die sehr unterschiedlichen und vielfältigen Naturräume haben jedoch eine Mannigfaltigkeit bei den heute vorkommenden Pflanzen und ihren Gesellschaften hervorgebracht.

Tiere

Die Datenlage bildet den Zustand der Tierwelt nicht umfassend ab, allerdings decken sich die Lebensraumansprüche der hervorgehobenen Tierarten mit denen weiterer, nicht erfasster.

Vögel

Schleswig-Holstein hat durch seine geographische Lage eine herausragende Bedeutung für den ostatlantischen Vogelzug zwischen Nordafrika und Nordeurasien. Insbesondere das Wattenmeer spielt hier eine bedeutende Rolle als Nahrungs-, Rast- und Brutplatz. Fehmarn ist ein wichtiger Orientierungspunkt für Zugvögel, die aus dem Bereich Schweden kommen, während die Nordseeküste als Leitlinie für den Vogelzug aus dem Bereich Norwegen dient. Der Vogelzug der Wasservögel richtet sich hauptsächlich an Leitlinien aus, wohingegen Landvögel in breiterer Front und nicht so dicht an der Küste ziehen. Insgesamt wird jedoch ganz Schleswig-Holstein und damit auch der Planungsraum I überflogen. Hauptzugrichtung auf dem Weg zu den Winterquartieren ist, wenn sie nicht durch Leitlinien bestimmt wird, in Schleswig-Holstein Südwest bis West, der Gegenzug zu den Brutplätzen im Norden Eurasiens entsprechend Nordost bis Ost. Die Leitlinien mit den stärksten Wirkungen in Schleswig-Holstein sind die beiden Küstenverläufe. Weitere Leitstrukturen sind insbesondere die größeren Flüsse. Der größte Teil des Zuges findet nachts statt.

In Schleswig-Holstein mit seiner geringen Reliefenergie und den angrenzenden Meeresflächen überwiegt der bodennahe Zug mit bis zu 200 Metern Höhe.

Im Planungsraum I sind insbesondere die im Norden angrenzende Lübecker Bucht, das Schaalseegebiet und die größeren Waldgebiete als Rast- und Brutplatz sowie die Elbe, der Elbe-Lübeck-Kanal, die Trave, die Alster, die Pinnau und die Krückau als Leitlinien für den Vogelzug von Bedeutung.

Zum Schutz der Vögel sind im Planungsraum folgende Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Vogelschutz identifiziert worden²⁴:

²⁴ Die genaue Abgrenzung der Gebiete kann der Karte 1 „Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Vogelschutz“ der Broschüre des LANU „Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei Windenergieplanungen in Schleswig-Holstein“ entnommen werden.

EU-Vogelschutzgebiete:

- Langenlehsten
- Schaalsee-Gebiet
- Sachsenwald-Gebiet
- Grönauer Heide
- NSG Besenhorster Sandberge und Elbsandwiesen
- Waldgebiete in Lauenburg
- NSG Hahnheide
- NSG Hansdorfer Brook
- Alsterniederung
- Barker und Wittenborner Heide
- Kisdorfer Wohld
- Heidmoor-Niederung
- Wardersee
- Seevogelschutzgebiet Helgoland
- Unterelbe bis Wedel

Nahrungsgebiete von Meeresgänsen und Gelbschnäbelschwärmen:

- entlang der Elbe von Wedel bis Kollmar

Bedeutende Vogelzuglinien:

- entlang der Elbe,
- entlang dem Elbe-Lübeck-Kanal,
- entlang der Trave,
- entlang der Alster,
- entlang der Bille,
- entlang der Pinnau und
- entlang der Krückau.

Brutgebiete von Wiesenvögeln:

- südlich von Uetersen und
- östlich von Kollmar.

Im Planungsraum finden sich zudem außerhalb der Schutzgebiete Brutplätze folgender Greif- und Großvogelarten sowie von Brutkolonien folgender störungsempfindlicher Arten²⁵:

- Rohrweihe
- Roter Milan
- Seeadler
- Wanderfalke
- Kranich
- Wachtelkönig
- Weißstorch
- Uhu
- Möwenkolonien

Säugetiere

In Schleswig-Holstein als Teil des norddeutschen Tieflandes sind mehrere bedeutende Vorkommen von **Fledermausarten** der Familie der Glattnasen beheimatet. Zudem ist Schleswig-Holstein ein wichtiges Durchwan-

²⁵ Die genauen Fundorte können der Karte 2: „Brutplätze von Greif- und Großvögeln sowie von Brutkolonien empfindlicher Arten außerhalb von Schutzgebieten“ der Broschüre des LANU (jetzt LLUR) „Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei Windenergieplanungen in Schleswig-Holstein“ entnommen werden (Stand Dezember 2008).

derungs- und Überwinterungsgebiet für ziehende Fledermäuse aus Skandinavien. Fledermäuse sind die einzigen Säugetiere, die aktiv fliegen können und daher den Luftraum mitnutzen.

Im Planungsraum kommen mehrere Fledermausarten vor. Die meisten Fledermausarten sind mindestens als gefährdet eingestuft und in der FFH-Richtlinie enthalten.

Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Fledermausschutz sind die NATURA 2000-Gebiete

- GKSS-Forschungszentrum Geesthacht,
- Schaalsee mit angrenzenden Wäldern und Seen,
- Besenhorster Sandberge und Elbinsel,
- Amphibiengebiet Seedorfer Forst,
- Wälder des Hevenbruch und des Koberger Forstes,
- Elbe mit Hohem Elbufer von Tesperhude bis Lauenburg mit angrenzenden Flächen,
- Wälder im Sachsenwald und Schwarze Au,
- Grönauer Heide, Grönauer Moor und Blankensee,
- Wälder und Seeufer östlich des Ratzeburger Sees,
- Seenkette Drüsensee bis Gudower See mit angrenzenden Wäldern u.a.,
- Bille,
- Salemer Moor und angrenzende Wälder und Seen,
- Wälder im Kisdorfer Wohld und angrenzende Flächen,
- Segeberger Kalkberghöhlen,
- NSG Ihlsee und Ihlwald,
- Heidmoorniederung,
- Travetal,
- Osterautal,

sowie stehende Gewässer mit mehr als einem Hektar, Waldflächen, Städte und ländliche Siedlungen und Fließgewässer 1. Ordnung.

Im Planungsraum befindet sich mit den Segeberger Kalkhöhlen das bedeutendste Sommer-, Winter- und Zwischenquartier für Fledermäuse. Ein Großteil der in Schleswig-Holstein vorkommenden Fledermausarten nutzt diese Höhlen. Bei Arten, die oberirdische Winterquartiere in Gebäuden beziehen, ist davon auszugehen, dass diese häufig unbemerkt bleiben. Dies gilt für die Breitflügelfledermaus und die Mückenfledermaus.

Die Wasserfledermaus, die Zwergfledermaus und das Braune Langohr sind bundesweit weit verbreitete Arten, die auch in Schleswig-Holstein häufig vorkommen. Bundesweit bedeutende Vorkommen gibt es in Schleswig-Holstein von den Teichfledermäusen, den Großen Abendseglern, den Kleinen Abendseglern, den Breitflügelfledermäusen, den Mückenfledermäusen und den Rauhautfledermäusen.

Verschiedene Arten, wie der Kleine und der Große Abendsegler, die Rauhautfledermaus und die Teichfledermaus gehören zu den wandernden Arten, die lange Distanzen zurücklegen. Weitere Arten sind wanderfähig, das heißt ein Großteil der Tiere wandert über eine mittlere Distanz. In welcher Flughöhe sich die Fledermäuse dabei bewegen, ist nicht abschließend geklärt und von Art zu Art sehr unterschiedlich. Es werden jedoch Höhen zwischen 30 und etwa 100 Metern angenommen. Der Große Abendsegler erreicht sogar Höhen von 500 Metern.

Weitere im Planungsraum vorkommende Säugetiere sind Reh-, Dam- und Schwarzwild sowie bedeutsame Bestände von Rotwild. Hinzukommen Dachsch, Baummarder und Haselmaus.

Fische

Durch die vor allem im östlichen Teil des Planungsraumes große Anzahl von größeren Seen gibt es im Planungsraum auch viele Fische. Von Bedeutung sind insbesondere Kleine und Große Maräne, Hecht, Barsch, Aal und Schleie im Schaalsee. In den kleineren Fließgewässern, die zur Stör, Krückau, Pinnau und Trave und damit

letztendlich in die Elbe fließen, finden zudem Meerforellen und andere Wanderfische Laichgebiete. Hier werden oft (massive) Besatzmaßnahmen durchgeführt.

Amphibien und Reptilien

Besonders im östlichen Teil des Planungsraums gibt es bedeutende Vorkommen von Laubfrosch, Rotbauchunke und Wechselkröte sowie Kreuzotter und Zauneidechse. Nördlich von Hamburg sind Laubfrosch und Schlingnatter erwähnenswert.

Wirbellosenfauna

Die Magerrasen, Heiden und Moore westlich von Hamburg und im östlichen Teil des Planungsraums stellen wichtige Lebensräume für eine große Anzahl gefährdeter Wirbelloser dar. Der östliche Teil des Planungsraums mit seinem kontinentalen Klima ist zudem die westliche Grenze der Verbreitungsgebiete von zum Beispiel Hirschkäfer, Ameisenlöwe, Großer Eisvogelfalter und Kleiner Waldportier.

Nichtumsetzung der Planung

Mit der Nichtumsetzung der Planung würde ein weiterer Ausbau der Windenergienutzung im Planungsraum I behindert werden. Dies würde zum einen dazu führen, dass voraussichtlich weniger Windkraftanlagen gebaut werden würden. Andererseits wäre jedoch auch ein Repowering nicht in dem von der Teilfortschreibung vorgesehenen Umfang möglich. Das Repowering dient entsprechend den Regelungen des LEP 2010 der Konzentration der Anlagen. Wie viele Anlagen mit welchen Höhen im Zuge der Umsetzung der Planung gebaut werden, lässt sich nicht sagen.

Da einerseits bei einer Umsetzung der Planung eine gegebenenfalls größere Anzahl und höhere Anlagen **Vögel** stärker beeinträchtigen, andererseits die Konzentration von Anlagen durch Repowering die Beeinträchtigung vermindert, ist eine Aussage zur Wirkung einer Nichtumsetzung der Planung auf Vögel nicht möglich. Gleiches gilt in Bezug auf **Fledermäuse**.

Eignungsgebiete für die Windkraftnutzung und damit Windkraftanlagen sind im Planungsraum in den Binnen- und Küstengewässern nicht zulässig. Dies gilt sowohl für den Fall der Umsetzung der Planung als auch für den Fall der Nichtumsetzung. Für die **Amphibien und Fische** ist daher durch die Planung oder ihre Nichtumsetzung keine Auswirkung zu erwarten.

Pflanzen

Auch in den Pflanzengesellschaften spiegeln sich die unterschiedlichen klimatischen Einflüsse und Naturräume wieder.

Kreis Pinneberg

Der Kreis Pinneberg weist ein eher ozeanisches Klima und an Naturräumen Geest, Vorgeest und Elbmarschen auf.

Als Habitate kommen in den Senken und Niederungen Niedermoore und Reste von Hochmooren vor. Auch Heiden kommen im Kreis vor, wie zum Beispiel die Holmer Sandberge, an die sich vereinzelt Sandtrockenrasen anschließen. Im Bereich der Elbmarschen gibt es Marschgrünland und Brackwasser-Biotope.

Alle Habitate weisen eine starke Gefährdung durch Entwässerungsmaßnahmen und Düngegaben auf den angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen auf. Viele für die jeweiligen Habitate typische Pflanzen sind gefährdet oder bereits ausgestorben.

Kreis Segeberg

Der Kreis Segeberg teilt sich auf in das Schleswig-Holsteinische Hügelland und die Geest.

Der Kreis weist insbesondere im östlichen und nördlichen Teil noch große Waldgebiete auf. Diese sind durch Perlgras-Buchenwälder charakterisiert. Daneben gibt es im Kisdorfer Wohld noch Eichen-Hainbuchenwald. Auewälder und Bruchwälder in Niedermooren und Seeufer-Randbereichen sind kaum noch beziehungsweise nur noch teilweise vorhanden. Es gibt im Kreis Anpflanzungen von Fichten- und Kiefernwäldern.

Von den Hochmooren sind nur noch Reste im Glasmoor, Wittmoor, Nienwohlder Moor, Holmer Moor, Stellbrookmoor, Heidmoor und Grotmoor vorhanden. Im Anschluss an diese aber auch in den Seeuferrandbereichen und Flussniederungen kommen zudem Niedermoore vor.

Trockenheiden und Magerrasen haben eine Verbreitung auf offenen Heidehängen, wie zum Beispiel bei Hamdorf und Negernböttel.

Kreis Stormarn

Das Jungmoränengebiet und die Geest sind die Naturräume, die den Kreis Stormarn prägen. Insbesondere im Bereich der Jungmoränen gibt es noch große Bestände von Flattergras-Buchenwald und Perlgras-Buchenwald sowie Eichen-Hainbuchenwälder, die ein bedeutendes Orchideenvorkommen beheimaten. Die Geest weist nur noch kleine Flächen Eichen-Buchenwald auf. An den Fließgewässern kommen Eschenwälder mit Waldorchideen, Buchenhangwälder und Erlenquellwälder vor.

Niedermoore und Flachmoore liegen an mehreren großen Seen und Teichen, Flachmoore zusätzlich auch an den größeren Fließgewässern wie Mittlere Trave und Oberalster. Das Nienwohlder Moor ist eines der wenigen Hochmoore, von dem zumindest noch Restflächen erhalten werden konnten. Hier werden Renaturierungsmaßnahmen durchgeführt.

Der Kreis zeichnet sich auch durch viele Quellen aus, die jedoch häufig geschädigt sind. Von Bedeutung sind die Süßwasserquellbereiche südlich von Bad Oldesloe in der Thorritzer Quelllandschaft und die Salzwasserquellgebiete bei Bad Oldesloe, an denen sich Arten von Küstensalzwiesen angesiedelt haben.

Beispiele für höhere Knickdichten finden sich in Fischbek, im Umkreis des Bargteheider Moores, südlich von Tremsbüttel, bei Stellau und östlich von Bad Oldesloe.

Kreis Herzogtum Lauenburg

Der Kreis Herzogtum weist neben den schleswig-holsteinischen Hauptnaturräumen Schleswig-Holsteinisches Hügelland und Geest noch die Naturräume Mecklenburgische Seenplatte und Südwestliches Vorland der Mecklenburgischen Seenplatte auf und ist klimatisch eher kontinental geprägt. Viele Arten Mitteldeutschlands haben daher hier ihre Verbreitungsgrenze.

Insbesondere die höheren Temperaturen und längere Sonnenscheindauer hat zu der regionaltypischen Sonderform „Wärmeheide“ geführt. Die ehemals großen Flächen dieser Zwischenform zwischen der atlantischen Ginsterheide und Wärme liebenden Trockengrasgesellschaften sind bereits deutlich reduziert worden.

Eine Besonderheit ist auch das Elbstromtal. Hier leben zahlreiche Arten der Roten Liste und botanische Raritäten.

Im Bereich des Elbe-Lübeck-Kanals gibt es Niedermoore. Zudem gibt es Laubwälder, die teilweise Quellbiotope mit seltenen Pflanzenarten aufweisen. Nennenswert sind hier die Hangwälder am Ratzeburger See.

Nichtumsetzung der Planung

Die Teilfortschreibung des Regionalplans würde bei der Umsetzung einige Bereiche der Pflanzenwelt betreffen, viele jedoch unbeeinflusst lassen, da viele naturnahe und artenreiche Flächen zu den gesetzlich geschützten Biotopen gehören. Bei der Nichtdurchführung der Planung ist von keiner großen Veränderung auszugehen, da die Planung von Windenergieanlagen bereits beschränkend geregelt ist. Positive Effekte bei der Nichtdurchführung sind im Bereich der Knicks zu erwarten, werden diese doch oft durch die Zuwegungen zu Windenergieanlagen durchbrochen.

Im Rahmen der Genehmigungsverfahren zu den Windkraftanlagen ist jedoch gegebenenfalls eine tiefer gehende Untersuchung der Arten der Roten Liste erforderlich.

Schutzgebiete

Zur Sicherung und Entwicklung der biologischen Vielfalt hat Schleswig-Holstein im Bereich des Planungsraumes I 90 FFH-Gebiete und 17 Vogelschutzgebiete gemeldet. Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Schutzgebiete²⁶:

Schutzkategorie ²⁷	Anzahl	Gesamtfläche (ha)	% der Landfläche des Regionalplans (403.789 ha)
FFH-Gebiete	90	27.457	--
Vogelschutzgebiete	17	31.106	--
NATURA 2000-Gebiete	107	73.845,75	--
Naturschutzgebiete	69	20.339 (inklusive Meeresflächen)	--
Landschaftsschutzgebiete	83	84.104	20,8
Gesetzlich geschützte Biotop	2.097	1.706	0,4
Naturparke	2	68.448	17,0
Naturerlebnisräume	8	770,1	0,2

Tabelle 3: Ausgewiesene Schutzgebiete im Planungsraum I

Nichtumsetzung der Planung

In den Schutzgebieten sind sowohl nach dem LEP 2010 als auch nach dieser Teilfortschreibung Eignungsgebiete für die Windenergienutzung ausgeschlossen beziehungsweise nur zulässig, wenn die Errichtung von Windkraftanlagen im Einzelfall mit dem Schutz- beziehungsweise Nutzungszweck dieser Gebiete zu vereinbaren ist. Zudem sieht der Gemeinsame Runderlass von 2011 einen Abstand zwischen den Schutzgebieten und den Eignungsgebieten vor. Eine Nichtdurchführung der Planung hätte daher keine Auswirkungen auf die Schutzgebiete.

3.1.3 Boden

Der Planungsraum ist im östlichen und nördlichen Bereich geologisch geprägt durch die Ablagerungen der Weichsel-Eiszeit mit einem deutlich ausgeprägten Relief, im nördlichen Kreis Segeberg durch weichseleiszeitliche Sandergebiete (Vorgeest) und im Süden und Westen durch die Saale-Eiszeit mit einer höher aufragenden Hohen Geest.

Entsprechend der Geologie des Planungsraumes sind auch verschiedene Böden vorhanden. Im **Altmoränengebiet** der Saale-Eiszeit haben sich aus dem Geschiebelehm mit wechselndem Sandanteil je nach Staunässe Pseudogleye und Gleye sowie Podsole gebildet. Hier kommen insbesondere Hortisol-Braunerde-Podsole vor.

In den Tälern von Pinnau, Krückau Bramau sowie in Senken haben sich Niedermoore und auch Hochmoore gebildet. Letztere sind jedoch größtenteils bereits abgetorft.

Aus Schlickablagerungen und feinkörnigen Sedimenten im Holozän haben sich in den **Elbmarschen** Marschböden, insbesondere Kleimarschen und Dwogmarschen gebildet. Durch Tonverlagerung entstehen tonreiche,

²⁶ Aussagen zu den einzelnen durch Eignungsgebiete für die Windkraftnutzung betroffenen Schutzgebieten erfolgen gegebenenfalls in Kapitel 3.2.2 im Rahmen der Bewertung der einzelnen Eignungsgebiete.

²⁷ Quelle: schriftliche Auskunft des LLUR vom 01.02.2012, außer Naturerlebnisräume: schriftliche Auskunft des MLUR vom 25.05.2010

dichte Horizonte auf. Vielfach gibt es zudem Zwischen- und Unterlagerungen von humosen Tonen und Niedermoor torfen.

Im **Jungmoränengebiet** der Weichsel-Eiszeit sind aus dem Geschiebelehm vorrangig Parabraunerden und stauwassergeprägte Pseudogley-Parabraunerden sowie bei zusätzlichem Vorkommen von tonig-schluffigen Sedimenten Pseudogleye und Gleye entstanden. Auch hier sind in Senken und Niederungen Niedermoore entstanden, wenn auch nicht so ausgeprägt.

Das **Sandergbiet** der Vorgeest ist geprägt von Podsolen und in tieferen Lagen durch den Grundwassereinfluss Gleye. In diesen nährstoffarmen Böden haben sich Ortserde beziehungsweise Ortstein gebildet.

Eine Darstellung sämtlicher Altlasten und altlastverdächtiger Standorte im Planungsraum ist Rahmen der Teilfortschreibung nicht möglich.

Nichtumsetzung der Planung

Die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen beeinflusst durch die Fundamente, Zuwegungen und während der Bauphase die Bodenbeschaffenheit und -funktionen. Bezogen auf den Planungsraum ist durch die Planung nicht mit erheblichen Auswirkungen auf den Boden zu rechnen. Tiefergehende Untersuchungen sind im Rahmen der Genehmigungsverfahren zu den Windkraftanlagen erforderlich.

3.1.4 Wasser

Die bedeutendsten **Fließgewässer** im Planungsraum sind neben der Elbe die Bille, die Krückau, die Pinnau und die Trave. Daneben gibt es noch weitere kleinere Fließgewässer. Die westlichen und südlichen Fließgewässer fließen zur Elbe, die nördlichen zur Ostsee. Die Wasserbeschaffenheit der meisten dieser Gewässer ist in den letzten Jahren deutlich verbessert worden. Weitere Verbesserungen sind durch die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu erwarten.

Durch Rechtsverordnung wurden bisher im Planungsraum beziehungsweise in diesen hineinreichend folgende **Überschwemmungsgebiete** festgelegt:

- beiderseits der **Pinnau** vom Pinnau-Sperrwerk im Westen bis etwa 1,6 km südwestlich der Wulfsmühle im Osten und von der Einmündung der Bilsbek in die Pinnau beiderseits der Bilsbek bis zu den nordöstlichen Ausläufern des Rantzauer Forstes in der Gemarkung Kummerfeld und von der Einmündung der Mühlenau in die Pinnau beiderseits der Mühlenau bis zu einem Punkt etwa an der Straße "An der Mühlenau" im Südosten in Pinneberg (1975),
- beiderseits der **Unteren Trave** von der Einmündung in die Kanaltrave in Lübeck-Moisling bis zur westlichen Ecke der Ufermauer im Stadtteil Heiligergeist in Bad Oldesloe (1977),
- beiderseits der **Stör** vom Sperrwerk an der Mündung in die Elbe bis zur Fußwegbrücke etwa 250 Meter oberhalb des Rensinger Sees bei Kellinghusen sowie an der Bramau von der Mündung in die Stör bis zur Brücke im Zuge der Kreisstraße 59 nach Weddelbrook in Föhrden-Barl (1977),
- beiderseits der **Krückau** vom Krückausperrwerk im Westen bis etwa 260 m oberhalb der Einmündung der Ekholter Au (Köllner Bach) im Osten und an der Offenau von ihrer Einmündung in die Krückau bis etwa 680 m südlich des Weges von Klein Offenseth nach Barmstedt (Butterdamm) (1976),
- rechtsseitig der **Bille** von der Landesgrenze zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein bis zur Gemeindegrenze Wentorf und von dort beidseitig der Bille bis zur Einmündung der "Schwarzen Au" in der Gemeinde Aumühle (1984) und
- an der **Alster** von der Landesgrenze zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein bis zur Straßenbrücke beim Gut Stegen in der Gemeinde Bargfeld-Stegen (1985).

Das Vorland der Deiche an der Elbe dient ebenfalls als Überschwemmungsgebiet.

Insbesondere die Naturparke „Lauenburgische Seen“ und „Holsteinische Schweiz“ sowie das Gebiet Stormarner Schweiz und der Raum Bad Segeberg sind durch **Seen** geprägt. Größere Seen im Planungsraum sind Ratzeburger See und Domsee, Schaalsee einschließlich Niendorfer Binnensee, Küchensee und Priestersee, Wardesee, Stocksee, Großer Küchensee, Großer Segeberger See, Mözener See, Seedorfer See und die Kiesgruben bei Güster. Daneben gibt es im ganzen Planungsraum eine Vielzahl von kleineren Seen und Teichen.

Die **Grundwasserentnahme** zur Wasserversorgung erfolgt in den Kreisen Pinneberg und Segeberg sowie Teilen des Kreises Herzogtum Lauenburg aus pleistozänen Leitern aus relativ geringer Tiefe und mit geringer Mächtigkeit und Ausdehnung, im östlichen Teil des Planungsraums aus tertiären Leitern in größeren Tiefen und mit größerer Mächtigkeit und Ausdehnung. Durch das Grundwasser des Planungsraums werden auch Hamburg und Lübeck mit versorgt.

Nichtumsetzung der Planung

Bei der Nichtumsetzung der Planung wird sich der Umweltzustand der Gewässer voraussichtlich nicht direkt verändern.

Grundsätzlich dient die Umsetzung der Teilfortschreibung jedoch der Reduzierung des Klimawandels. Dieser wird sich im Planungsraum insbesondere durch einen Anstieg des Meeresspiegels und eine erhöhte Sturmfluthäufigkeit auswirken. Eine Nichtdurchführung der Planung würde somit den Klimawandel vorantreiben, da wahrscheinlich auf andere, Klima schädigende Energieerzeugungsarten ausgewichen werden müsste.

Auf das Grundwasser sind durch die Nichtdurchführung keine Einflüsse zu erwarten.

3.1.5 Klima

Das feucht-temperierte, ozeanische Klima des Planungsraumes I wird durch die Lage zwischen Nord- und Ostsee geprägt. Die mittelatlantischen Luftmassen in der Westwindzone bestimmen das Wetter. Der Planungsraum lässt sich klimatisch grob einteilen in einen westlichen ozeanisch bestimmten Teil und einen östlichen kontinental bestimmten Teil. Damit nimmt auch die Niederschlagsverteilung von West nach Ost deutlich ab, die Sommertemperaturen zu und die Wintertemperaturen ab.

Im Mittel liegen die Temperaturen bei 0° im Januar und bei 17° im Juli. Mit Windstärken von 2,5 bis 3 Beaufort ist die Windgeschwindigkeit für schleswig-holsteinische Verhältnisse eher gering. Außerhalb der größeren Städte ist die Luftqualität relativ gut, im Zusammenhang mit der Witterung kommt es nur selten zu Überschreitungen von Grenzwerten, beispielsweise des Informationsschwellenwertes für Ozon.

Der Planungsraum I ist - wie andere Regionen auch - durch den Klimawandel betroffen. Auch wenn für den Planungsraum speziell keine eigenen Daten oder Prognosen beziehungsweise Szenarien vorliegen, so lassen sich doch die für Schleswig-Holstein zu erwartenden Folgen des Klimawandels auch für den Planungsraum annehmen. Grundlage für die Szenarien ist der 4. Bericht des Sachverständigenremiums der Vereinten Nationen zum Klimawandel (Intergovernmental Panel on Climate Change - IPCC) von 2007²⁸. Danach ist an der Nord- und der Ostsee insbesondere mit einem erhöhten Meeresspiegel und einer erhöhten Sturmfluthäufigkeit zu rechnen. Angaben darüber, welches Ausmaß der Meeresspiegelanstieg annehmen könnte, werden in der Wissenschaft kontrovers diskutiert und häufig revidiert. Bei Anpassungen geht die Tendenz jedoch immer zu höheren Annahmen als in vorangegangenen Prognosen.

Regionalisierte Klimamodelle prognostizieren für Schleswig-Holstein einen mittleren Jahrestemperaturanstieg von 1,9 – 2,9 Grad Celsius bis 2100, wobei die mittlere Temperatur im Winter voraussichtlich stärker ansteigen wird als im Sommer. Eine weitere Veränderung wird bei den Niederschlägen eintreten, die im Sommer voraussichtlich um etwa 15 Prozent abnehmen, dabei aber vermehrt als Starkregen fallen werden. Im Winter werden sich die Niederschläge um etwa 25 Prozent erhöhen.

²⁸ IPCC (2007): Climate Change 2007: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change

Das für den Klimawandel überwiegend von Bedeutung angesehene Kohlenstoffdioxid kann im Planungsraum nicht nur bei Verbrennungsprozessen entstehen, es kann auch aus Kohlenstoff speichernden Böden freigesetzt werden, z.B. durch die Trockenlegung von Mooren. Der Energiesektor trägt wesentlich zu den Kohlendioxid-Emissionen bei.

Nichtumsetzung der Planung

Durch die Nichtumsetzung der Planung ist ein weiterer Ausbau der Windenergienutzung im Planungsraum stark eingeschränkt. Folge könnte der Bedarf an anderen Formen der Energiegewinnung sein, die zumeist deutlich negative Effekte auf das Klima haben und den Klimawandel verstärken.

Auswirkungen auf die Luftqualität könnten sich bei der Nichtumsetzung des Planes ergeben, wenn aufgrund eines gestiegenen Energiebedarfes andere Formen der Energiegewinnung ausgebaut werden müssen, die eine höhere Belastung mit Schadstoffen nach sich ziehen.

Insgesamt würde eine Nichtumsetzung der Planung aller Wahrscheinlichkeit nach deutlich negative Auswirkungen auf das Schutzgut Klima haben.

3.1.6 Landschaft

Landschaft wird in dieser Teilfortschreibung verstanden als Gesamtheit verschiedener Naturelemente und Elemente menschlichen Handelns, die zusammen für den Betrachter eine Einheit bilden. Die Definition der Landschaft oder des Landschaftsbildes liegt somit teilweise im Auge des Betrachters. Dennoch lassen sie sich auch durch die Natur- und Kulturelemente und die daraus gebildeten Naturräume definieren.

Alle drei in Schleswig-Holstein vorkommenden und im Umweltbericht zum LEP 2010 beschriebenen **Hauptnaturräume** kommen im Planungsraum I vor: Marschen, Geest und Schleswig-Holsteinisches Hügelland. Hinzu kommen noch Randgebiete der Mecklenburgischen Seenplatte und des Südwestlichen Vorlandes der Mecklenburgischen Seenplatte.

Diese lassen sich weiter unterteilen in:

- Holsteinischen Elbmarschen
- Helgoland
- Hamburger Ring (Hohe Geest)
- Barmstedt-Kisdorfer-Geest
- Holsteinische Vorgeest
- Lauenburger Geest
- Ostholsteinisches Hügel- und Seenland
- Westmecklenburgisches Seen-Hügelland
- Südwestmecklenburgische Niederungen (mit Sanderflächen und Lehmplatten)

Im Planungsraum I sind insgesamt acht **Naturerlebnisräume** gemäß § 38 LNatSchG anerkannt bzw. in Aussicht gestellt:

- Großenaspe/Heidmühlen: Wildpark Eekholt
- Haseldorf: Integrierte Station Haseldorfer Marsch
- Quickborn: Phaenologischer Garten
- Ahrensburg: Park am Haus der Natur
- Mölln: Wald-Landschaft – Möllner Seen
- Ratzeburg: DRK-Krankenhaus
- Rickling/Daldorf: Erlebniswald Trappenkamp
- Appen: Schäferhof Appen

Naturerlebnisräume dienen in erster Linie dem besseren Verständnis für die Natur durch den Menschen und damit der Umweltbildung der Besucherinnen und Besucher.

Im Kreis Herzogtum Lauenburg liegt der **Naturpark „Lauenburgische Seen“**. Der insgesamt 47.400 Hektar große Naturpark verfügt über eine Jungmoränenlandschaft mit eingeschlossenen Sandern. Er zeichnet sich insbesondere durch seine Seenketten aus: Möllner Seenkette, Seenkette entlang der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern und Seenkette Garrensee - Plötschersee - Salemer See - Piper See.

In den nördlichen Bereich des Kreises Segeberg ragt zudem ein kleiner Teil des Naturparks „Holsteinische Schweiz“. Der insgesamt 75.328 Hektar große Naturpark ist die bedeutendste Tourismusregion im Binnenland von Schleswig-Holstein und umfasst insbesondere das Seengebiet um Plön und Eutin.

Kulturlandschaften als von der Nutzung durch den Menschen geprägte Landschaften sind auch im Planungsraum I vorhanden. Als historische Kulturlandschaften sind zu nennen:

- Marschgrünland mit ausgeprägter Beet- und Grüppenstruktur im Bereich der Pinneberger Elbmarschen,
- Knicklandschaft zwischen Hahnheide und Groß Pampau,
- Knicklandschaft nördlich Sandesneben,
- Sachsenwald und Segeberger Forst und
- die Kulturlandschaften der Güter.

Besondere Vorkommen weist der Kreis Stormarn auf. Dies sind zum einen die international bedeutsamen Zeugnisse der Rentierjäger von Ahrensburg, die hier lebten, und der „Limes Saxoniae“, der 810 von Kaiser Karl dem Großen festgelegt wurde. Dieser verlief auch durch den heutigen Kreis Herzogtum Lauenburg, ist dort aber kaum noch sichtbar.

In den Kreisen Herzogtum Lauenburg, Stormarn, Segeberg und Pinneberg gibt es insgesamt 83 **Landschaftsschutzgebiete** mit zusammen 84.104 Hektar Fläche (Stand 01.02.2012). Diese dienen in erster Linie der Bewahrung des Landschaftsbildes und der Sicherstellung der Erholungsfunktion.

In der Teilfortschreibung werden zudem **charakteristische Landschaftsräume** bestimmt, in denen die Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung und der Bau von Windkraftanlagen nicht zulässig sind. Dabei handelt es sich um Gebiete, die in ihrer Gesamtheit eine erhaltenswerte Charakteristik aufweisen, ohne dass sie bisher flächendeckend einem gesetzlich definierten Schutzstatus unterliegen. Insbesondere handelt es sich um Rast- und Nahrungsgebiete für zahlreiche Vogelarten und um wesentliche Leitstrukturen für den großräumigen, teils internationalen Vogelzug. Daneben werden jedoch auch Gebiete mit wertvollen ökologischen Strukturen aufgenommen. Mit der Definition der charakteristischen Landschaftsräume sind diejenigen Gebiete konkretisiert, in denen gemäß Ziffer 3.5.2. Absatz 13, 2. Spiegelstrich LEP kein Repowering außerhalb der Eignungsgebiete zulässig ist.

Auch in den weniger windhöffigen Kreisen Herzogtum Lauenburg, Stormarn, Segeberg und Pinneberg wird das **Landschaftsbild** zunehmend durch Windkraftanlagen geprägt. Dies wird verstärkt durch die wachsende Höhe der Anlagen einerseits und die geringe Reliefenergie der Marschen andererseits. Bei sehr hohen Anlagen (über 100 Meter) ist zudem die Befeuern der Anlagen relevant.

Nichtumsetzung der Planung

Der Schutz der Landschaft stellt in unserer Gesellschaft und den gesetzlichen Regelungen ein hohes Gut dar. Um dieser Zielsetzung nachzukommen, werden Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen. Aber auch andere Schutzgebiete, wie zum Beispiel Naturschutzgebiete und NATURA 2000-Gebiete dienen – zum Teil indirekt – diesem Zweck. Windkraftanlagen sind in diesen Schutzgebieten nicht zulässig. Dies gilt sowohl bei Durchführung der Planung aufgrund der in Kapitel 2 genannten Kriterien, als auch bei Nichtdurchführung der Planung. In diesem Fall würde der vorherige Regionalplan von 2005 seine Gültigkeit behalten. Auch dieser schließt Eignungsgebiete für die Windenergienutzung in Naturschutzgebieten, in geschützten flächenhaften Landschaftsbestandteilen und vergleichbaren Schutzgebieten, wie Artenschutzgebieten oder NATURA 2000-Gebieten, sowie in Landschaftsschutzgebieten aus. Gleiches gilt für den LEP 2010. Landschaft ist jedoch grundsätzlich auch außerhalb spezieller Schutzgebiete zu schützen.

Mit der Nichtdurchführung der Planung würde ein weiterer Ausbau der Windenergienutzung im Planungsraum I behindert werden. Dies würde zu einem dazu führen, dass weniger Windkraftanlagen gebaut werden würden. Andererseits wäre jedoch auch ein Repowering nicht in dem von der Teilfortschreibung vorgesehenen Umfang möglich. Das Repowering dient entsprechend den Regelungen des LEP 2010 der Konzentration der Anlagen. Eine Konzentration von Anlagen wird allgemein als weniger störend empfunden als die gleiche Anzahl von Anlagen verteilt über eine größere Fläche.

Zudem wird der Anreiz geschaffen, Altanlagen an ungünstigen Standorten vor Ablauf ihrer Lebensdauer an günstigeren Standorten durch neue Anlagen zu ersetzen.

Insgesamt würde wahrscheinlich eine Nichtdurchführung der Planung dennoch zu einer geringeren Belastung des Schutzgutes Landschaft führen.

3.1.7 Sachgüter

Der Umweltbericht zum LEP 2010 beinhaltet umfassende Aussagen zum Schutzgut Sachgüter. Genauere Angaben über den Wert der Sachgüter innerhalb des Planungsraumes liegen nicht vor.

Auch im Planungsraum I gibt es eine Vielzahl von Kulturgütern wie Gutsanlagen, Kirchen, Grabhügel und Alleen sowie archäologischen Denkmälern im Boden, in Seen und Flüssen. Hervorzuheben sind erhaltene Teilstücke der „Alten Salzstraße“.

Die Eisenbahnersiedlung Quellental der Stadt Büchen (2001) und die historische Unterstadt der Stadt Lauenburg im Kreis Herzogtum Lauenburg (2002) sowie die "Siedlung Oher Weg" der Stadt Glinde im Kreis Stormarn (2003) sind durch Landesverordnungen als **Denkmalbereiche** ausgewiesen worden.

Nichtumsetzung der Planung

Die Kriterien zur Auswahl der Eignungsgebiete für die Windenergienutzung schließen eine Ausweisung im Bereich von Siedlungen aus. Zum weiteren Schutz von Siedlungsflächen wurden zudem Abstandsflächen zwischen Siedlungen und Eignungsgebieten für die Windenergienutzung bestimmt.

In Umgebungsbereichen von Landschafts- und Ortsbild prägenden Kulturdenkmälern und geschützten Ensembles sind Windkraftanlagen nur zulässig, wenn in einer Einzelfallprüfung festgestellt wurde, dass sie mit dem Schutzzweck dieser Gebiete vereinbar sind.

Eine Nichtumsetzung der Planung würde bedeuten, dass Windkraftanlagen nur in den bereits vorhandenen Eignungsgebieten mit ihrer Ausschlusswirkung für andere Gebiete zulässig wären. Eine stärkere oder weniger starke Beeinträchtigung von Sach- und Kulturgütern ist daraus nicht ableitbar.

3.2 Darstellung der voraussichtlichen erheblichen Umweltwirkungen, der Maßnahmen zur Verhinderung, zur Verringerung und zum Ausgleich erheblicher negativer Umweltwirkungen sowie Kurzdarstellung der Gründe für die Wahl der geprüften Alternativen

3.2.1 Allgemeine Bewertung der Umweltwirkungen auf die Schutzgüter

Im Nachfolgenden wird eine allgemeine Bewertung der Umweltauswirkungen von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung und – soweit möglich und sinnvoll – von Windkraftanlagen auf die Schutzgüter vorgenommen. Diese allgemeineren Aussagen werden im Rahmen der Betrachtung der einzelnen Eignungsgebiete in Kapitel 3.2.2 durch die Erfassungsbögen im Anhang ergänzt.

Im Rahmen der Genehmigungsverfahren zu den einzelnen Windkraftanlagen oder Windparks beziehungsweise der Aufstellung der Flächennutzungspläne der Kommunen sind gegebenenfalls tiefer gehende Untersuchungen und Bewertungen erforderlich.

Windkraftanlagen haben

- während ihrer Bauphase durch Flächeninanspruchnahme, Versiegelung und Baulärm,
- durch die Anlage selber durch Versiegelung, Verschattung, eventuell Abbrüche, Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und durch die Zuwegung sowie
- während des Betriebes durch Kollisionsgefahr für Vögel und Fledermäuse, Lärm, Schattenwurf und Erschütterungen

Auswirkungen auf die Umwelt.

Mensch	<p>In Bezug auf Menschen wird im Rahmen der Teilfortschreibung vor dem Hintergrund der Maßstabsebene eine Prüfung der gesundheitlichen Beeinträchtigung durch Lärm und Licht (inklusive Befeuerung) und die erdrückende Wirkung von WKA an Wohnstandorten vorgenommen.</p> <p>Arbeiten findet in der Regel in Gebäuden oder innerhalb von Siedlungsräumen statt. Hier gelten in Bezug auf eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen die Aussagen zu den Wohnstandorten analog.</p> <p>Erholung findet in der Regel entweder in Gebäuden - dann gelten die Aussagen zu den Wohnstandorten analog - oder in der Landschaft statt - dann sind die Aussagen zum Schutzgut Landschaft relevant.</p> <p>Entsprechend dem Gemeinsamen Runderlass „Grundsätze zur Planung von Windkraftanlagen“ vom 22.03.2011 sind Siedlungsachsen und besondere Siedlungsräume als Ausschlussgebiete festgelegt. Stadt- und Umlandbereiche sind als Ausschlussgebiete mit der Möglichkeit der Feinsteuerung auf der Regionalebene festgelegt. Zudem sind bestimmte Abstände zwischen Einzelhäusern und Splittersiedlungen im Außenbereich, Siedlungen allgemein, Sondergebieten, die der Erholung dienen und Gewerbe- und Industriegebieten am Rand von Siedlungen einerseits und Eignungsgebieten für Windenergienutzung beziehungsweise Windkraftanlagen andererseits einzuhalten. Diese Abstände sind extra so gewählt, dass eine erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigung von Menschen ausgeschlossen werden kann.</p> <p>Eine erhebliche Auswirkung auf den Menschen ist durch die Teilfortschreibung daher nicht zu erwarten.</p>
Tiere / Pflanzen	<p>Vögel: Windkraftanlagen und Windparks haben erhebliche Auswirkungen auf Vögel. Dies können zum einen direkte Auswirkungen durch Vogelschlag insbesondere durch den Rotor und Fitnessverluste bei erforderlichen Steigflügen zum Überfliegen sein und zum anderen indirekte Auswirkungen durch die Barrierewirkung von Windkraftanlagen, die verschiedene Lebensräume voneinander trennen. Insbesondere Arten, die in offenen Landschaften leben, und Großvögel reagieren auf Windkraftanlagen und Windparks mit Ausweichen, Überfliegen und Umkehr.</p> <p>Genauere Daten und Untersuchungen zu den Schlagzahlen und dem Fitnessverlust, anderen negativen aber auch positiven Reaktionen der Vögel auf die Anlagen (inklusive der Befeuerung), sowie weiteren indirekten Auswirkungen, z.B. durch eine Verarmung der Insektenfauna, liegen nicht vor.</p>

In den genannten EU-Vogelschutzgebieten, Nahrungsgebieten von Meeresgänsen und Gelbschnabelschwänen und bedeutenden Vogelzuglinien ist die Ausweisung von Eignungsgebieten entsprechend den in Kapitel 1.2 genannten Kriterien nicht zulässig. Auch ein Repowering ist nicht zulässig. Hier findet eine Beeinträchtigung durch die Umsetzung der Teilfortschreibung nicht statt.

Potenzielle Eignungsflächen, in denen dem Innenministerium Brutplätze von Greif- und Großvögeln sowie Brutkolonien störungsempfindlicher Arten durch die Kreise oder das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume bekannt gemacht wurden, sind ebenfalls im Rahmen der Alternativenprüfung ausgeschlossen worden.

Eine grundsätzliche und jeweils aktuelle Prüfung auf etwaige Rast-, Nahrungs- und Brutgebiete ist in den festgelegten Eignungsgebieten im Rahmen der nachfolgenden Planungsverfahren (Flächennutzungsplan, Genehmigungsverfahren) jedoch weiter erforderlich.

Fledermäuse: Seit den 1970er Jahren ist bekannt, dass Fledermäuse an Windenergieanlagen verunglücken können (Hall und Richards 1972, Osborn et al. 1996, Trapp et al. 2002, Vierhaus 2000).

Nach bisherigen Erkenntnissen sind nur einige einheimische Fledermausarten durch Kollisionen regelmäßig betroffen (Großer Abendsegler und Kleiner Abendsegler, Breitflügelfledermaus, Zwergfledermaus, Rauhaufledermaus, Mückenfledermaus und Zweifarbfledermaus). In dem Forschungsvorhaben der Leibniz Universität Hannover²⁹ wurde ein Zusammenhang zwischen Fledermausaktivität und Kollisionsopfern nachgewiesen. Ein erhöhtes Kollisionsrisiko kann an Standorten angenommen werden, an denen sich Fledermäuse während bestimmter Jahreszeiten in größeren Dichten konzentriert aufhalten (Brinkmann et al. 2011). Insbesondere auf dem Zug, bei Nutzung saisonal auftretender Nahrungsressourcen sowie in Bereichen bedeutender Quartierstandorte ist mit höheren Fledermausaktivitäten zu rechnen. Im Mittel ergaben sich für die untersuchten Anlagen 9,5 tote Fledermäuse (minimal 0 bis maximal 57,5) je Anlage im Untersuchungszeitraum Juli bis September (Brinkmann et al. 2011). Dabei sind nicht allein die Schlagopferzahlen an einzelnen Windkraftanlagen relevant, sondern vielmehr die kumulative Betrachtung der Mortalität, die durch die große Anzahl der Anlagen in einem Naturraum zusätzlich zur bereits bestehenden Mortalität durch andere anthropogene Faktoren entstehen kann. In jedem Genehmigungsverfahren ist das Kollisionsrisiko über einen bestimmten Aktivitätszeitraum standort- und anlagenspezifisch zu ermitteln.

Auch verschiedene andere Faktoren wirken sich auf die Stärke der Aktivitäten von Fledermäusen aus. Mit absteigendem Einfluss sind dies Windgeschwindigkeit, Monat, Nachtzeit, Temperatur und Niederschlag. Bei der Windgeschwindigkeit ist zu beachten, dass eine geringere Geschwindigkeit eine höhere Aktivität mit sich bringt.

Allgemein kommen die meisten Totfunde während der beiden Wanderungszeiten, also im Frühjahr um den 1. Mai und deutlich stärker im Spätsommer/Herbst vor allem im August vor.

Einige ortsansässige Fledermausarten zeigen ein Vermeidungsverhalten gegenüber Windkraftanlagen, während andere Arten dies nicht tun. Eine weitere Gefahr für Fledermäuse kann möglicherweise durch das Nutzen der Gondel der Windkraftanlage als Quartier entstehen. Hierzu gibt es jedoch noch keine gesicherten Daten.

Größere Eingriffe in Heckenzüge, Knicks oder flächenhafte Gehölzbestände im Zuge des Baus der Zuwegung zu Windkraftanlagen können Hauptflugstrassen zum Beispiel zu Jagdrevieren unterbrechen und so zu Beeinträchtigungen führen. Da Eignungsgebiete in und an

²⁹ Leibniz Universität Hannover (2007 – 2009): Forschungsprojekt Entwicklung von Methoden zur Untersuchung und Reduktion des Kollisionsrisikos von Fledermäusen an Onshore-Windenergieanlagen

	<p>Wäldern und Knicks jedoch nicht zulässig sind, ist eine derartige Beeinträchtigung durch die Teilfortschreibung nicht zu erwarten. Gleiches gilt für Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Fledermausschutz.</p> <p>Im Rahmen der Genehmigungsverfahren ist eine genauere Untersuchung von gegebenenfalls in der Nähe der geplanten Anlagen vorhandenen Fledermauspopulationen, Migrationsräumen, Jagdräumen sowie Hauptzugrichtungen erforderlich.</p> <p>Methoden zur Reduktion des Kollisionsrisikos sind eine entsprechende Standortwahl für die Windkraftanlage und die Abschaltung der Anlagen zu Zeiten mit hoher Fledermausaktivität.</p> <p>Bei den übrigen Tierarten ist höchstens von einer geringen Beeinträchtigung auszugehen. Arten, die in geschützten Naturräumen leben, werden nicht beeinträchtigt.</p> <p>Pflanzen: Gemäß § 30 BNatSchG gehören Salzwiesen, Nieder- und Hochmoore, Fließ- und stehende Gewässer einschließlich ihrer Uferbereiche, Heiden, Dünen und Trockenrasen, Wald, Sümpfe und Nasswiesen sowie gemäß § 30 BNatSchG in Verbindung mit § 21 LNatSchG Knicks zu den gesetzlich geschützten Biotopen. Gemäß Ziffer 3.5.2 Absatz 8 LEP sind Eignungsgebiete für die Windenergienutzung auf diesen Flächen ausgeschlossen. Auch ein Repowering ist nicht zulässig.</p> <p>Bei Pflanzen in nicht geschützten Gebieten besteht voraussichtlich nur während der Bauphase die Möglichkeit von Beeinträchtigungen durch den Bau selber, die Versiegelung von Flächen und den Verkehr der Baufahrzeuge. Während der Betriebsphase sind keine weiteren Beeinträchtigungen zu erwarten. Insgesamt sind die Beeinträchtigungen als nicht erheblich einzuschätzen. Genauere Untersuchungen hierzu sind jedoch im Rahmen des Genehmigungsverfahrens erforderlich.</p>
Boden	<p>Da die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen durch die Fundamente und die Zuwegungen Einfluss auf die Bodenbeschaffenheit ausüben, ist gemessen an der Gesamtfläche des Planungsraums mit geringfügigen Veränderungen des derzeitigen Zustands des Bodens zu rechnen. Tiefergehende Untersuchungen - auch zu etwaigen Altlasten - sind gegebenenfalls im Rahmen der Genehmigungsverfahren zu den Windkraftanlagen erforderlich.</p>
Wasser	<p>Gemäß § 30 BNatSchG gehören Fließ- und stehende Gewässer einschließlich ihrer Uferbereiche zu den gesetzlich geschützten Biotopen. Eignungsgebiete für die Windenergienutzung sind auf diesen Flächen ausgeschlossen. Auch ein Repowering ist nicht zulässig.</p> <p>Auf das Grundwasser sind ebenfalls keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten.</p>
Klima	<p>Als Reaktion auf den sich vollziehenden Klimawandel werden zwei Handlungsstränge verfolgt. Zum einen handelt es sich um Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels, zum Beispiel durch die Reduzierung des Treibhausgases Kohlendioxid, zum anderen ist die Entwicklung von Anpassungsstrategien an die nicht mehr zu vermeidenden Folgen des Klimawandels wichtig.</p> <p>Ziel der Landesregierung ist es vor diesem Hintergrund, verstärkt regenerative Energien einzusetzen und die Effizienz des Energieverbrauchs zu verbessern. Dazu soll bis 2020 die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppelt, den Anteil der Windkraft auf rechnerisch mindestens 100 Prozent des Stromverbrauchs gesteigert, der Anteil von Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 Prozent erhöht, mehr Güter von der Straße auf die Schiene gebracht und bis 2030 den Waldanteil auf zwölf Prozent der Landesfläche erhöht werden.</p> <p>Dem Klimawandel entgegenzuwirken ist also ein Leitgedanke der Teilfortschreibung. Durch die Umsetzung der Teilfortschreibung kann Windenergie als klimafreundliche Energiequelle verstärkt im Planungsraum genutzt werden, eine Reduzierung des Ausstoßes von Treib-</p>

	<p>hausgasen bei der Erzeugung von Energie ist die Folge.</p> <p>Das Schutzgut Klima wird durch die Planungen der Teilfortschreibung eindeutig positiv beeinflusst.</p> <p>Wie groß diese positive Wirkung ausfällt, lässt sich allerdings noch nicht abschätzen, da die Teilfortschreibung keine Vorgaben darüber macht, wie viele Anlagen mit welcher Höhe und welcher Leistung in den einzelnen Eignungsräumen gebaut werden sollen.</p>
Landschaft	<p>Grundsätzlich werden Windkraftanlagen von den meisten Menschen als störend für das Landschaftsbild empfunden. Dies sowohl aufgrund der Gestalt der Anlagen, ggf. der Befeu- erung, der Rotorbewegung und der Rotorreflexe als auch aufgrund der Geräusche durch den Rotor.</p> <p>Der Nationalpark ist entsprechend der Kriterien der Ziffer 3.5.2 Absatz 8 des LEP 2010 vor der Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung geschützt. In Naturparks und Landschaftsschutzgebieten sind Eignungsgebiete für Windenergienutzung gemäß Ziffer 3.5.2 Absatz 9 des LEP 2010 nur zulässig, wenn die Errichtung von Windkraftanlagen im Einzelfall mit dem Schutzzweck dieser Gebiete zu vereinbaren ist. Eine Beeinträchtigung dieser Gebiete findet daher nicht statt.</p> <p>Außerhalb der genannten Gebietskategorien kann eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes möglich sein. Dies ist einerseits abhängig vom genauen Standort und der Gestaltung der Windkraftanlage und andererseits von der Natürlichkeit, der Anzahl und Vielfalt an Landschaftselementen, der Reliefenergie und den vorhandenen Sichtachsen aber auch den Vorbelastungen in der Landschaft.</p> <p>Durch die Ausweisung von „charakteristischen Landschaftsräumen“ in der Teilfortschreibung werden weitere besonders schützenswerte Landschaften von Windkraftanlagen frei gehalten.</p> <p>Durch das Repowering, das den Ersatz von Altanlagen durch neue Anlagen an günstigeren Standorten vorsieht, sind zudem weitere positive Effekte auf das Landschaftsbild zu erwarten.</p>
Sachgüter	<p>Siedlungen und Einzelhäuser sind entsprechend dieser Teilfortschreibung und des Gemeinsamen Runderlasses inklusive festgesetzter Puffer um diese von einer Ausweisung von Eignungsgebieten zur Windenergienutzung ausgeschlossen. Der Bau von Windkraftanlagen ist hier also nicht zulässig. Ausgenommen sind nur Kleinanlagen als Einzelanlagen mit bis zu 30 Metern Gesamthöhe und Nebenanlagen, die einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummern 1 bis 4 BauGB dienen, mit in der Regel bis zu 70 Metern Gesamthöhe. Bei diesen Anlagen kann davon ausgegangen werden, dass sie keine erheblichen Umweltauswirkungen haben.</p> <p>Bei Landschafts- und Ortsbild prägenden Kulturdenkmälern und geschützten Ensembles inklusive ihren Umgebungsbereichen ist der Bau von Windkraftanlagen nur zulässig, wenn in einer Einzelfallprüfung festgestellt wurde, dass sie mit dem Schutzzweck dieser Gebiete vereinbar sind.</p> <p>Zusammenfassend ist für das Schutzgut Sachgüter nicht von erheblichen Auswirkungen auszugehen. Im Fall der Landschafts- und Ortsbild prägenden Kulturdenkmäler ist jedoch gegebenenfalls eine vertiefende Untersuchung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für die einzelnen Windkraftanlagen erforderlich.</p>
Wechselwirkungen	<p>Die Teilfortschreibung des Regionalplans erfolgt auf relativ grober Maßstabsebene. Durch Bau und Betrieb der Windkraftanlagen werden Beeinträchtigungen der Schutzgüter ausgelöst. Da die Teilfortschreibung aber keine Aussagen zu Anzahl, genauen Standort und Ge-</p>

	stalt (z.B. Höhe) der Anlagen macht, ist eine gegenseitige Aufrechnung von negativen und positiven Auswirkungen und Wechselwirkungen hier nicht möglich.
--	--

Tabelle 4: Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter

3.2.2 Darstellung der einzelnen Eignungsgebiete für die Windenergienutzung inklusive Maßnahmen zur Verhinderung, zur Verringerung und zum Ausgleich erheblicher negativer Umweltwirkungen

Durch die beabsichtigte Teilfortschreibung des Regionalplanes für den Planungsraum I zur Windenergienutzung sollen im Planungsraum zusätzlich 1.507,5 Hektar an Eignungsgebieten für die Windenergienutzung ausgewiesen werden. Darüber hinaus sollen insgesamt 11,4 Hektar aus bereits vorhandenen Eignungsgebieten herausgenommen werden.

Im Folgenden werden die einzelnen Eignungsgebiete zur Windenergienutzung aufgeführt. Aussagen zu den einzelnen Flächen finden sich auf den Bewertungsbögen im Anhang.

Eignungsgebiets- Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Gemeinden	Flächengröße in ha
Kreis Segeberg			
183	23, 54	Pronstorf	113,6
184, 313	24	Neuengörs, Weede	94,9
185, 186, 187	1	Hardebek, Hasenkrug	60,3
189	7	Wiemersdorf	18,6
227		Gönnebek	62,1
249		Groß Niendorf	38,2
305		Großenaspe, Wiemersdorf	288,0
306		Damsdorf, Stocksee, Schmalensee	209,6
Kreis Lauenburg			
196		Schiphorst	49,0
198		Breitenfelde	40,5
200		Lütau	78,7
203		Wangelau	49,5
204		Kastorf, Siebenbäumen	80,7
244		Krukow, Juliusburg, Schnakenberg	195,4
247		Siebenbäumen	46,7
307		Woltersdorf	7,7
Kreis Stormarn			
209		Lasbek	1,3

210		Travenbrück	40,4
246		Bargteheide	20,7
Kreis Pinneberg			
250		Raa-Besenbek	24,9

Tabelle 5: Neue Eignungsgebiete für die Windenergienutzung im Planungsraum

Eignungsgebiets-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Gemeinde	Flächengröße in ha
		Raa-Besenbek	-11,4

Tabelle 6: Streichung / Reduzierung bestehender Eignungsgebiete für die Windenergienutzung im Planungsraum

Eignungsgebiets-Nummer	Gemeinde	Grund
190	Groß Kummerfeld	Negatives Gemeindevotum
191	Bühnsdorf, Neuengörs	Naturschutzrechtliche Bedenken wegen einer Grünbrücke über die A20
193	Nützen, Lentförden	Negatives Gemeindevotum
197	Niendorf/Stecknitz, Breitenfelde	Negatives Gemeindevotum
201	Klinkrade	Negatives Gemeindevotum
211	Westerau, Barnitz	Negatives Gemeindevotum
212	Feldhorst	Negatives Gemeindevotum
213	Feldhorst, Bad Oldesloe, Wakendorf I	Negatives Gemeindevotum

Tabelle 7: Im Rahmen der 1. Anhörung gestrichene Flächen

Eignungsgebiets-Nummer	Gemeinde	Grund
208	Rehhorst	Negatives Gemeindevotum
223	Rehhorst	Negatives Gemeindevotum
245	Mönkloh	Fläche liegt im Einzugsbereich einer geplanten Grünbrücke
248	Hamwarde, Wiershop	Negatives Gemeindevotum
308	Elmenhorst, Kankelau	Negatives Gemeindevotum
315	Alveslohe, Kaltenkirchen	Negatives Gemeindevotum

Tabelle 8: Im Rahmen der 2. Anhörung gestrichene Flächen

Bereits der LEP 2010, Ziffer 3.5.2 dient mit der Angabe von Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie der Verhinderung und der Verringerung von erheblichen negativen Umweltauswirkungen. Folgende Ziele und Grundsätze dienen dazu, negative Umweltauswirkungen **zu verhindern oder zu minimieren**:

- genereller Ausschluss von Windenergieanlagen außerhalb der Eignungsgebiete (Ziffer 3.5.2 Absatz 5);
- Festlegung von Regelabständen zu verschiedenen Schutzgütern (Ziffer 3.5.2 Absatz 6 in Verbindung mit dem jeweils geltenden Runderlass zur Planung von Windkraftanlagen);
- eine Anordnung der Windkraftanlagen, in Windparks, die eine Beeinträchtigung des Vogelflugs vermindert (Ziffer 3.5.2 Absatz 11);
- die planerische Abstimmung gemeindeübergreifender Eignungsgebiete zur städtebaulichen und landschaftspflegerischen Optimierung (Ziffer 3.5.2 Absatz 12);
- Ausschlussgebiete (Ziffer 3.5.2 Absätze 8 und 9);
- Rahmenbedingungen des Repowering von Altanlagen bei gleichzeitiger Konzentration der Anlagen (Ziffer 3.5.2 Absatz 13);
- Höhenbeschränkungen von Windkraftanlagen in einzelnen Gebieten (Ziffer 3.5.2 Absatz 7).

Der Gemeinsame Runderlass „Grundsätze zur Planung von Windkraftanlagen“ vom 22.03.2011, der entsprechend Ziffer 5.5.2 Absatz 6 LEP zu beachten ist, enthält zudem Regelungen zum **Ausgleich** von Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes. Danach wird bei der Errichtung von WKA an einer pauschalierten Ermittlung des Ausgleichs festgehalten. Für die Ausgleichsermittlung ist bei allen Windkraftanlagen von den Anlagemaßen auszugehen. Die für die Ausgleichsmaßnahmen erforderliche Ausgleichsfläche entspricht der durch die Windkraftanlage aufgespannten Querschnittsfläche, also der Nabenhöhe x Rotordurchmesser zuzüglich der Hälfte der von den Rotoren bestrichenen Kreisfläche. Die so ermittelte Fläche stellt annähernd den durch die Windkraftanlage beeinträchtigten Bereich (z.B. Lebensraumverlust und Zerschneidungswirkung) dar.

Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sind im näheren Wirkraum nicht ausgleichbar. Deshalb ist zusätzlich zu dem erforderlichen Flächenausgleich eine Ausgleichszahlung zu leisten, deren Höhe im Erlass geregelt ist.

Davon unberührt bleibt der Ausgleich für Beeinträchtigungen durch zusätzliche Erschließungsmaßnahmen wie z.B. Wegebau und Gewässerquerungen, für die Art und Umfang des Ausgleichs gesondert zu ermitteln sind. Bei der Festlegung des Ausgleichs für Repoweringmaßnahmen sind die abzubauenen WKA analog zu berechnen und von der ermittelten Gesamtsumme für das neue Vorhaben abzuziehen.

Die abschließende Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung sowie die Festlegung des erforderlichen Ausgleichsumfanges für die jeweiligen Maßnahmen erfolgt in den nachfolgenden Plan- oder Genehmigungsverfahren.

3.2.3 Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen und Schutzzwecken von NATURA 2000-Gebieten

Das ökologische NATURA 2000-Netz setzt sich aus den „Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung“ der FFH-Richtlinie und den im Rahmen der EU-Vogelschutzrichtlinie ausgewiesenen Schutzgebieten (special protection areas, SPA) zusammen.

Im Gebiet des Planungsraums sind folgende FFH-Gebiete und EU-Vogelschutzgebiete als NATURA 2000-Gebiete gemeldet und von der EU akzeptiert worden:

FFH-Gebiete:

- | | |
|-------------------------------------|---|
| ▪ Nüssauer Heide | ▪ Schaalsee mit angrenzenden Wäldern und Seen |
| ▪ GKSS-Forschungszentrum Geesthacht | ▪ NSG Oldenburger See und Umgebung |
| ▪ NSG Dalbekschlucht | ▪ Moorwald im Ankerschen Ziegelbruch |
| ▪ Langenlehstener Heide | ▪ NSG Borstgrasrasen Alt Mölln |
| ▪ Kleinstmoore bei Hornbek | |

- Besenhorster Sandberge und Elbinsel
- Hakendorfer Wälder
- Rosengartener Moor
- Amphibiengebiet Seedorfer Forst
- Talhänge bei Götting, Grambeker Teiche und Umgebung
- Wälder des Hevenbruch und des Koberger Forstes
- Koberger Moor
- Elbe mit Hohem Elbufer von Tesperhude bis Lauenburg mit angr. Fl.
- Gülzower Holz
- Wälder im Sachsenwald und Schwarze Au
- Grönauer Heide, Grönauer Moor und Blankensee
- NSG Hahnheide
- Trockenflächen nordwestlich Groß Sarau
- Lankauer See
- Wälder und Seeufer östlich des Ratzeburger Sees
- Wälder westlich des Ratzeburger Sees
- Kiefholz
- Birkenbruch südlich Groß Pampau
- Amphibiengebiete westlich Kittlitz
- Stecknitz-Delvenau
- Seenkette Drüsensee bis Gudower See mit angrenzenden Wäldern u.a.
- Bille
- Salemer Moor und angrenzende Wälder und Seen
- Quellwald am Ankerschen See
- Pantener Moorweiher und Umgebung
- Kammolchgebiet Höltingbaum / Stellmoor
- Rehbrook
- Trittauer Mühlenbach und Drahtmühlengebiet
- NSG Kranika
- Alstersystem bis Itzstedter See und Nienwohlder Moor
- Rehkoppel
- Steinkampholz
- Sieker Moor
- Hansdorfer Brook mit Ammersbek
- Bachschlucht bei Herweg
- Travetal
- Großensee, Mönchsteich, Stenzer Teich
- Glasmoor
- Wüstenei
- Talwald Hahnenkoppel
- Nördlich Tiergarten
- Neuenteich und Binnenhorster Teiche
- Leezener Au-Niederung und Hangwälder
- Birkenmoor bei Groß Niendorf
- Ohmoor
- Wittmoor
- Wälder im Kisdorfer Wohld und angrenzende Flächen
- Bachschlucht Rösing
- Segeberger Kalkberghöhlen
- Mittlere Stör, Bramau und Bünzau
- Pinnau / Gronau
- Wald nördlich Steinbek
- NSG Ihlsee und Ihlwald
- Heidmoorniederung
- Wälder am Stocksee
- Barker Heide
- Osterautal
- Pfeifengraswiese nördlich Seth
- Moorweiher im Segeberger Forst
- Wälder zwischen Schlamersdorf und Garbek
- Tarbeker Moor
- Kiebitzholmer Moor und Trentmoor
- Sülfelder Tannen
- Kaltenkirchener Heide
- Wulfsfelder Moor
- Wald bei Söhren
- Hasenmoor
- Altwaldbestände im Segeberger Forst
- Obere Krückau
- Staatsforst Rantzau östlich Tornesch
- Klein Offenseth-Bokelsesser Moor
- Moore der Breitenburger Niederung
- Helgoland mit Helgoländer Felssockel
- NSG Tävsmoor / Haselauer Moor
- Holmer Sandberge und Buttermoor
- Schleswig-Holsteinisches Elbästuar und angrenzende Flächen
- Himmelmoor, Kummerfelder Gehege und angrenzende Flächen

EU-Vogelschutzgebiete:

- | | |
|--|----------------------------------|
| ▪ Langenlehsten | ▪ NSG Hansdorfer Brook |
| ▪ Schaalsee-Gebiet | ▪ Alsterniederung |
| ▪ Sachsenwald-Gebiet | ▪ Barker und Wittenborner Heide |
| ▪ Grönauer Heide | ▪ Kisdorfer Wohld |
| ▪ NSG Besenhorster Sandberge und Elbsandwiesen | ▪ Heidmoor-Niederung |
| ▪ Waldgebiete in Lauenburg | ▪ Wardersee |
| ▪ NSG Hahnheide | ▪ Seevogelschutzgebiet Helgoland |
| | ▪ Untere Elbe bis Wedel |

EU-Vogelschutzgebiete und förmlich abgestimmte FFH-Gebiete sind in Ziffer 3.5.2 Absatz 8 LEP als Ausschlussgebiete festgelegt. Die einzuhaltenden Abstände zwischen diesen Gebieten und Eignungsgebieten für Windenergienutzung beziehungsweise Windkraftanlagen betragen entsprechend dem Gemeinsamen Runderlass „Grundsätze zur Planung von Windkraftanlagen“ vom 22.03.2011 300 Meter + Rotorradius.

Im Rahmen des übergeordneten LEP 2010 und der Teilfortschreibungen für die Planungsräume des Landes Schleswig-Holstein sind dadurch Vorkehrungen zum Schutz von Natura-2000-Gebieten vor Beeinträchtigungen durch Windenergieanlagen getroffen worden. Für die Betrachtungsebene des Regionalplans (M 1: 100.000) können somit erhebliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden. In den nachfolgenden Plan- und Genehmigungsverfahren muss ausgehend vom konkreten Vorhaben eine abschließende Natura 2000-Prüfung nach § 34 BNatSchG erfolgen.

3.2.4 Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

Der artenschutzrechtliche Beitrag basiert auf folgenden rechtlichen Regelungen:

- Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie), (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 206 vom 22.07.1992, S. 7), zuletzt geändert durch Richtlinie 2006/105/EG des Rates vom 20. November 2006 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 363 vom 20.12.2006, S. 368), insbesondere Anhang IV
- Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (EU-Vogelschutzrichtlinie), (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 103 vom 25.04.1979, S. 1)
- Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 61 vom 3.3.1997, S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 407/2009 der Kommission vom 14. Mai 2009 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 123 vom 19.5.2009, S. 3), insbesondere Anhänge A und B
- § 7 Absatz 2 Nrn. 13 und 14, §§ 37 und 39 BNatSchG vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)
- Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung - BArtSchV) vom 16. Februar 2005 (BGBl. I S. 258 (896)), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)
- § 28a LNatSchG vom 24. Februar 2010 (GVBl. Schl.-H., S. 301)

Entsprechend § 37 BNatSchG umfasst der Artenschutz den Schutz der Tiere und Pflanzen wild lebender Arten und ihrer Lebensgemeinschaften vor Beeinträchtigungen durch den Menschen und die Gewährleistung ihrer sonstigen Lebensbedingungen, den Schutz der Lebensstätten und Biotope der wild lebenden Tier- und Pflanzenarten sowie die Wiederansiedlung von Tieren und Pflanzen verdrängter wild lebender Arten in geeigneten Biotopen innerhalb ihres natürlichen Verbreitungsgebiets.

Gemäß § 39 BNatSchG ist es verboten, wild lebende Tiere mutwillig zu beunruhigen oder ohne vernünftigen Grund zu fangen, zu verletzen oder zu töten, wild lebende Pflanzen ohne vernünftigen Grund von ihrem Standort zu entnehmen oder zu nutzen oder ihre Bestände niederzuschlagen oder auf sonstige Weise zu verwüsten sowie Lebensstätten wild lebender Tiere und Pflanzen ohne vernünftigen Grund zu beeinträchtigen oder zu zerstören.

§ 28a LNatSchG ergänzt hierzu, dass es unbeschadet weitergehender Rechtsvorschriften verboten ist, die Nistplätze von Schwarzspechten, Schwarzstörchen, Graureihern, Seeadlern, Rotmilanen und Kranichen durch Aufsuchen, Fotografieren, Filmen, Abholzungen oder andere Handlungen in einem Umkreis von 100 m zu gefährden.

Folgende in Schleswig-Holstein vorkommende Vogel- und Fledermausarten sind geschützt:

Alle 15 Arten der **Fledermäuse** (Microchiroptera) sind gemäß Anhang IV der FFH-Richtlinie streng geschützt:

- Wasserfledermaus (*Myotis daubentonii*)
- Teichfledermaus (*Myotis dasycneme*)
- Große Bartfledermaus (*Myotis brandtii*)
- Kleine Bartfledermaus (*Myotis mystacinus*)
- Großes Mausohr (*Myotis myotis*)
- Fransenfledermaus (*Myotis nattereri*)
- Großer Abendsegler (*Nyctalus noctula*)
- Kleiner Abendsegler (*Nyctalus leisleri*)
- Breitflügelfledermaus (*Eptesicus serotinus*)
- Zweifarbfledermaus (*Vespertilio murinus*)
- Zwergfledermaus (*Pipistrellus pipistrellus*)
- Mückenfledermaus (*Pipistrellus pygmaeus*)
- Rauhautfledermaus (*Pipistrellus nathusii*)
- Braunes Langohr (*Plecotus auritus*)
- Graues Langohr (*Plecotus austriacus*)

Für Schleswig-Holstein sind im Zusammenhang mit Windkraftanlagen vor allem folgende nach § 7 Absatz 2 Nrn. 13 und 14 BNatSchG geschützte **Vogelarten** relevant:

- Schwarzstorch (streng geschützt)
- Weißstorch (streng geschützt)
- Rotmilan (streng geschützt)
- Schwarzmilan (streng geschützt)
- Seeadler (streng geschützt)
- Rohrweihe (streng geschützt)
- Kornweihe (streng geschützt)
- Wiesenweihe (streng geschützt)
- Baumfalke (streng geschützt)
- Wanderfalke (streng geschützt)
- Kranich (streng geschützt)
- Uhu (streng geschützt)
- Kiebitz (streng geschützt)
- Brachvogel (streng geschützt)
- Rotschenkel (streng geschützt)
- Uferschnepfe (streng geschützt)
- Wachtelkönig (streng geschützt)

- Lachseeschwalbe (streng geschützt)
- Brandseeschwalbe (streng geschützt)
- Flusseeschwalbe (streng geschützt)
- Küstenseeschwalbe (streng geschützt)
- Zwergseeschwalbe (streng geschützt)
- Trauerseeschwalbe (streng geschützt)
- Goldregenpfeifer (streng geschützt)
- Singschwan (streng geschützt)

- Silbermöwe (besonders geschützt)
- Schwarzkopfmöwe (besonders geschützt)
- Lachmöwe (besonders geschützt)
- Sturmmöwe (besonders geschützt)
- Heringsmöwe (besonders geschützt)
- Zwergschwan (besonders geschützt)
- Graugans (besonders geschützt)
- Blässgans (besonders geschützt)
- Saatgans (besonders geschützt)
- Nonnengans (besonders geschützt)

Darüber hinaus gehende, nach Artenschutzrecht geschützten Pflanzen- und Tierarten werden durch die Eignungsgebiete für die Windenergienutzung und die Windkraftanlagen nicht erheblich beeinträchtigt bzw. eine erhebliche Beeinträchtigung ist für diese nicht bekannt.

Der Umweltbericht geht in seinen Kapiteln umfassend auf den Schutz der Vogel- und Fledermausarten ein. So wird in Kapitel 1.2 beschrieben, welche Schritte unternommen wurden, um Eignungsgebiete für die Windenergienutzung in Räumen zu vermeiden, in denen signifikante Vorkommen dieser Arten bekannt sind. Kapitel 3.1 bezeichnet die Schutzgebiete, die Hauptrast-, Nahrungs- und Brutgebiete der Vögel und Fledermäuse sowie die Hauptlinien des Vogelzuges in Schleswig-Holstein. In Kapitel 3.2 wird eine allgemeine Bewertung von Windkraftanlagen auf das Schutzgut Tiere und Pflanzen mit Schwerpunkt auf Vögel und Fledermäuse vorgenommen. Im Regionalplan selbst sowie im Anhang zum Umweltbericht werden gebietspezifische artenschutzrechtliche Vorbehalte benannt.

Hieraus ergibt sich in besonderer Weise die Notwendigkeit im Rahmen der nachfolgenden Plan- und Genehmigungsverfahren eine abschließende artenschutzrechtliche Prüfung vorzunehmen. Die artenschutzrechtlichen Vorschriften gem. §§ 44ff BNatSchG bleiben unberührt.

4. Maßnahmen zur Überwachung (Monitoring)

Die aus der Durchführung des Planes erwachsenden erheblichen Umweltauswirkungen sind nicht nur im Planaufstellungsverfahren, sondern auch nach Beschluss des Planes für die Dauer seines Bestehens zu überwachen. Hierdurch soll bereits frühzeitig das Auftreten von nachteiligen Auswirkungen erkannt werden, um gegebenenfalls geeignete Abhilfemaßnahmen zu ergreifen. Materiell-rechtliche Konsequenzen sind nicht unmittelbar an die Überwachung geknüpft, umweltbezogene Erkenntnisse müssen erst bei der nächsten Fortschreibung verbindlich berücksichtigt werden.

Die Überwachung soll durch die Landesplanung durchgeführt werden, hierzu sind jedoch nicht zwingend eigene auf diesen Umweltbericht abgestimmte Erhebungen notwendig, es kann vielmehr auf weitere Informationsquellen zurückgegriffen werden.

In Bezug auf die Umweltprüfung zur Teilfortschreibung des Regionalplans kann ebenso wie beim LEP 2010 auf folgende Monitoring-Instrumente zurückgegriffen werden.

Raumbeobachtung und Raumordnungsinformationssystem

Die Landesplanungsbehörde beobachtet laufend die räumliche Entwicklung im Geltungsbereich der Raumordnungspläne (Raumbeobachtung) und führt raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die zur Wahrnehmung der Aufgaben der Landesplanung von Bedeutung sind, in einem Raumordnungsinformationssystem zusammen. Dies besteht aus verschiedenen Systemkomponenten wie Kartografiesystem, Gemeindedatenbank, Raumordnungskataster und geografischem Informationssystem zur Darstellung, Analyse und Ausgabe von Geodaten. Die Raumbeobachtung dient auch dazu, die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Raumordnungspläne auf die Umwelt zu überwachen und im Falle negativer Auswirkungen geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen.

Auskunftspflicht

Die Träger der öffentlichen Verwaltung haben der Landesplanungsbehörde auf Verlangen Auskunft über die raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen aus ihrem Zuständigkeits- und Aufgabenbereich zu erteilen (§ 19 Landesplanungsgesetz). Soweit erforderlich, gibt die Landesplanungsbehörde die im Rahmen der Durchführung der Planungen und Maßnahmen zu beachtenden Ziele der Raumordnung bekannt.

Diese Auskunftspflicht trifft auch auf natürliche und juristische Personen des Privatrechts sowie nichtrechtsfähige Vereinigungen zu.

Agrar- und Umweltportal Schleswig-Holstein

Das Agrar- und Umweltportal des Landes Schleswig-Holstein stellt unter der Internetadresse: www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft allen Bürgerinnen und Bürgern Daten und Informationen zu den Aufgabenbereichen des Landwirtschafts- und Umweltministeriums zur Verfügung. Gleichzeitig werden mit diesem interaktiven Angebot die Pflichten gemäß der EU-Richtlinie über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen erfüllt.

Fachliche Überwachungs- und Untersuchungsprogramme

Darüber hinaus sind in verschiedenen Fachprogrammen und –plänen Überwachungs- und Untersuchungsprogramme integriert. Im Bereich des Naturschutzes ist dies zum Beispiel das Biomonitoring des LLUR.

Ebenso sind für die Umsetzung von EU-Richtlinien vielfach Monitoringprogramme einzurichten, so zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Europäischen Netz NATURA 2000 oder der Wasserrahmenrichtlinie. Auch diese fachlichen Programme können zur Überwachung der Umweltauswirkungen der Teilfortschreibung des Regionalplans herangezogen werden. Darüber hinaus können gegebenenfalls auch die Monitoringprogram-

me zur Überwachung der Umweltauswirkungen herangezogen werden, die im Rahmen von Genehmigungen festgelegt worden sind.

5. Nichttechnische Zusammenfassung

Die Teilfortschreibung des Regionalplanes für den Planungsraum I - Eignungsgebiete für die Windenergienutzung, soll eine geordnete Nutzung der regenerativen Energiequelle Windkraft in den Kreisen Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg und Stormarn sicherstellen. Dazu werden Eignungsgebiete für die Windenergienutzung ausgewiesen, charakteristische Landschaftsräume als Freihalteräume bestimmt und aus dem LEP 2010 die Regelungen für das Repowering übernommen.

Auf der Grundlage der einschlägigen gesetzlichen Regelungen wurden Kriterien entwickelt, nach denen die Eignungsgebiete ausgewählt wurden. Diese Kriterien beinhalteten eine Reihe von ökologischen Aspekten. Alle Festlegungen des Planes wurden auf ihre Umwelterheblichkeit untersucht, dabei wurden Untersuchungen aus anderen Genehmigungsverfahren oder Plänen einbezogen.

Im Ergebnis der Prüfung wurde festgestellt, dass durch die Eignungsgebiete negative Auswirkungen auf einige Schutzgüter, insbesondere Vögel, Fledermäuse und Landschaft, entstehen könnten. Auf das Schutzgut Klima hat die verstärkte Nutzung von Windenergie anstelle konventioneller Energieerzeugungsarten dagegen eine positive Wirkung.

Auch das Repowering hat positive Effekte, da es zu einer Konzentration der Anlagen und einem Abbau alter Anlagen an ungünstigen Standorten führt.

Aufgrund der im Planungsverfahren durchgeführten Methodik zur Auswahl der Eignungsgebiete wurden die Alternativen gewählt, welche die geringste Belastung für die Umwelt darstellen. Für die Umwelt unverträgliche Gebiete konnten dadurch bereits im Aufstellungsverfahren des Planes ausgeschlossen werden.

Die Teilfortschreibung erfolgt in einem relativ generellen Maßstab. Zudem beinhaltet sie nur die Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windkraftnutzung, die als solche keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt hat. Erst der Bau der Windkraftanlagen führt zu Beeinträchtigungen. Da die Teilfortschreibung aber keine Aussagen zu Anzahl, genauem Standort und Gestalt (z.B. Höhe) der Anlagen macht, ist eine gegenseitige Aufrechnung von negativen und positiven Auswirkungen und Wechselwirkungen hier nicht möglich. Dies muss daher Teil der Verfahren auf den nachfolgenden Ebenen (Bauleitplanung, Genehmigungsverfahren) sein.

6. Literaturverzeichnis

Richtlinien und Verordnungen der EU

- Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie), (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 206 vom 22.07.1992, S. 7), zuletzt geändert durch Richtlinie 2006/105/EG des Rates vom 20. November 2006 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 363 vom 20.12.2006, S. 368)
- Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (EU-Vogelschutzrichtlinie), (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 103 vom 25.04.1979, S. 1)
- Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (Wasserrahmen-Richtlinie), (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 327 vom 22.12.2000, S. 1)
- Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 61 vom 3.3.1997, S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 407/2009 der Kommission vom 14. Mai 2009 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 123 vom 19.5.2009, S. 3)

Bundesgesetze und –verordnungen

- Bundes-Bodenschutzgesetz (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3214)
- Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 1. März 2011 (BGBl. I S. 282)
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), geändert durch Art. 12 des Gesetzes vom 11. August 2010 (BGBl. S. 1163)
- Raumordnungsgesetz, Artikel 1 des Gesetzes vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585)
- Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung - BArtSchV) vom 16. Februar 2005 (BGBl. I S. 258 (896)), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)

Landesgesetze und -verordnungen

- Gemeinsamer Runderlass des Innenministeriums, des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr: Grundsätze zur Planung von Windkraftanlagen vom 22.03.2011 (Amtsblatt Schleswig-Holstein 2011, S. 196)
- Gesetz zur Ausführung und Ergänzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Landesbodenschutz- und Altlastengesetz - LBodSchG) vom 14. März 2002 (GVOBl. Schl.-H., S. 60), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.06.2007 (GVOBl. Schl.-H., S.292)
- Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmale (Denkmalschutzgesetz - DSchG) vom 21. November 1996, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.12.2009 (GVOBl. Schl.-H., S. 904)

- Gesetz zum Schutz der Natur (Landesnaturenschutzgesetz - LNatSchG) vom 24. Februar 2010 (GVOBl. Schl.-H., S. 301), geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H., S. 784)
- Gesetz zum Schutze des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres (Nationalparkgesetz - NPG) vom 17. Dezember 1999 (GVOBl. Schl.-H., S. 518), zuletzt mehrfach geändert durch Gesetz vom 13.12.2007 (GVOBl. S. 499)
- Gesetz über die Landesplanung (Landesplanungsgesetz – LaPlaG) vom 10. Februar 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 232), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 542)
- Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 vom 13. Juli 2010 (Amtsblatt Schl.-H. S. 719)
- Regionalplan für den Planungsraum I – Schleswig-Holstein Süd, Kreise Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg und Stormarn, Fortschreibung 1998 (Amtsbl. Schl.-H. 1998, S. 751)
- Wassergesetz des Landes Schleswig-Holstein (Landeswassergesetz - LWG) in der Fassung vom 11. Februar 2008 (GVOBl. Schl.-H., S. 91), zuletzt mehrfach geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.03.2010 (GVOBl. S. 365) und LVO vom 15.12.2010 (GVOBl. Schl.-H., S. 850)

Literatur

- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2007): Climate Change 2007: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change
- Koop, Bernd (2002): Vogelzug über Schleswig-Holstein, Räumlicher und zeitlicher Ablauf des sichtbaren Vogelzuges nach archivierten Daten von 1950-2002
- Landesamt für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein (2008): Empfehlungen zur Berücksichtigung tierökologischer Belange bei Windenergieplanungen in Schleswig-Holstein
- Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein (1999): Landschaftsprogramm Schleswig-Holstein 1999
- Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein (1998): Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum I – Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (2008): Schleswig-Holstein – Aktiv im Klimaschutz, Seite 12
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume: Landwirtschafts- und Umweltportal, www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft, Zugriffe April/Mai 2010
- Schleswig-Holsteinischer Landtag (2009): Klimaschutzbericht 2009, Landtagsdrucksache 16/2734, Seite 118
- Leibniz Universität Hannover (2007 – 2009): Forschungsprojekt Entwicklung von Methoden zur Untersuchung und Reduktion des Kollisionsrisikos von Fledermäusen an Onshore-Windenergieanlagen

Anhang

In den anliegenden Bewertungsbögen sind weitere Angaben zu den einzelnen Eignungsgebieten enthalten.

Kreis Segeberg

	Planungsraum: I					Kreis SE	
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	Gemeindename Pronstorf (OT Strenglin) (Amt Trave-Land) Gemeinsame Fläche mit:	
	183	23, 54			x		
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Kreis (Nr. 23, fortfallende Entwurfsfläche, nicht dargestellt), Gemeinde (Nr. 54), privat (Nr. 54)						
	Votum Gemeinde: Zustimmung mit Gebietsvorschlag, Gemeinde plädiert für Aufnahme des privaten Vorschlags						
	Votum Kreis: Eignungsgebietsvorschlag fortfallend						
	Kartierung Landesplanung: Keine Potenzialfläche: charakteristischer Landschaftsraum, Geotop, Abstände zu Siedlung, Einzelhaus / Splittersiedlung, Straße						
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>Kreis:</u> Die Abgrenzung des CL entlang der Kreisgrenze ist fachlich nicht nachvollziehbar. Er wird in diesem Bereich neu abgegrenzt entlang der Straße von Wulfsfelde nach Reinsbek. Fläche liegt dann nicht mehr innerhalb. Kreis will Potenzialfläche in diesem Bereich neu abgrenzen. Es verbleibt der Vorbehalt Denkmalschutz Pronstorf <u>Kreis OH (29.05.09):</u> Zustimmung, jenseits der Kreisgrenze schließen weitere Eignungsflächen an <u>UNB:</u> 500 m Abstand zum FFH-Gebiet und geplantem NSG erforderlich. Der großräumige Freihaltebereich nördlich der geplanten A 20-Trassierung und östlich der geplanten A 21 ist einschließlich des Naturparks „Holsteinische Schweiz“ in seiner Gesamtheit von besonderer landschaftsökologischer Qualität und zeichnet sich durch eine Vielzahl naturschutzfachlich hochwertiger Teilräume aus. Die allein am Naturpark orientierte westliche und östliche Abgrenzung folgt jedoch weniger landschaftsökologischen Kriterien als vielmehr einer kommunalpolitischen Willensbildung in Bezug auf einen Beitritt der jeweiligen Gemeinde zum Naturpark. Nach den Kriterien der Erholungseignung, des Landschaftsbildes und der landschaftsökologischen Raumausstattung ist eine Raumbegrenzung jedoch vielmehr durch die naturräumlichen Gegebenheiten, hier insbesondere das EU-Vogelschutzgebiet „Warder See“ und umgebende Rastflächen sowie angrenzende Wälder mit besonderen ornithologischen Funktionen sowie die vorhandenen und geplanten verkehrlich herausragenden Fernstraßenverbindungen bestimmt. <u>Denkmalschutzbehörde:</u> mögliche Beeinträchtigung der Umgebungsschutzbereiche mehrerer Kulturdenkmale in Pronstorf <u>Forstbehörde:</u> Erstaufforstungsfläche tangiert, 200 m Abstand erforderlich <u>MWV:</u> liegt im Funktionszusammenhang der Grünbrücke der A 20 zwischen Strukdorf und Langnienendorf. Zugangskorridor betroffen. <u>privat:</u> landesplanerische Kriterien stehen nicht entgegen. Ausweisung charakteristischer Landschaftsraum ist in diesem Bereich nicht gerechtfertigt. Umweltgutachten ist beigelegt. <u>privat:</u> Antrag auf Erweiterung der Windkatasterfläche um ein Flurstück. Gute Höhenlage, Abstand von 300 m zu umliegenden Gebäuden wird für einen großen Teil der Fläche eingehalten						
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren:						

	Übernahme in der neuen Abgrenzung des Kreises. Angrenzende Potenzialfläche in Stockelsdorf (Kreis Ostholstein) wird übernommen.	
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: ID 1760, 529	
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Die Fläche liegt innerhalb eines charakteristischen Landschaftsraumes. In diesen Bereichen ist die Ausweisung von Eignungsgebieten ausgeschlossen. Richtig ist, dass die Vorschlagsflächen selbst nicht mit den entsprechenden Kategorien belegt sind. In der Gesamtbetrachtung des Landschaftsraumes können die Flächen jedoch als Randbereiche und Pufferzonen im Sinne der o.g. Definition begriffen werden. Die Definition lässt ein gewisses Ermessen bei der Festlegung der charakteristischen Landschaftsräume zu. Dieses ist vom Kreis Segeberg in einer Weise ausgeübt worden, die seitens der Landesplanung nicht zu beanstanden ist. Der Windenergienutzung wird im Planungsraum I und in der landesweiten Betrachtung noch ausreichend Raum im Sinne der Privilegierung gemäß § 35 (1) Nr. 5 BauGB gegeben. Der charakteristische Landschaftsraum wird daher in der dargestellten Form beibehalten. Die vorgeschlagenen Flächen werden aufgrund dieses entgegenstehenden Kriteriums nicht ausgewiesen. Dafür wird am östlichen Rand der Gemeinde eine Fläche ausgewiesen, die als Eignungsgebiet auch in der Nachbargemeinde Stockelsdorf weitergeführt wird. Damit ist der angestrebten Konzentration von Eignungsgebieten zugunsten der Freihaltung an anderer Stelle in diesem Bereich am besten Rechnung getragen.	
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1313, 165, 138, 104, 103, 67	
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Im Abgleich mit der Stellungnahme des Kreises Segeberg, wird die Abgrenzung der Fläche an die Abstandsradien gemäß der tatsächlichen Einstufung der Bebauung angepasst. Dadurch wird auch die Übernahme eines kleinen zusätzlichen Flächenteiles in der Gemeinde Ahrensböck möglich.	
	Bemerkungen: <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereiche für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Seeadler, Rotmilan, Uhu, Weißstorch und Baumfalke.	Größe in ha
		113,6

	Planungsraum: I						Kreis SE
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	gemeinsame Fl.	Gemeindename Neuengörs (Amt Trave-Land) Gemeinsame Fläche mit: Weede (Amt Trave-Land)
	184, 313	24	x			x	
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Kreis, Landesplanung						
	Votum Gemeinde: Neuengörs: Zustimmung (Bürgerentscheid knapp pro Windenergie) Weede: Ablehnung						
	Votum Kreis: Eignungsgebietsvorschlag						
	Kartierung Landesplanung: Potenzialfläche, teilw. über Kreisvorschlag hinausgehend, weil Kreis größere Siedlungsabstände gewählt hat. Im Bereich Kreisstraße K 55 hinter Kreisvorschlag zurückbleibend, weil größerer Abstand zur Straße						
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>Kreis:</u> Abstand muss an einer Stelle erweitert werden, Reduzierung der Fläche um 0,5 ha, ansonsten Beibehaltung. Neuengörs hat nur unter der Bedingung, dass 1.000 m zum Ort eingehalten werden, zugestimmt. <u>UNB:</u> zum östlich angrenzenden FFH-Gebiet ist Abstand von 500 m einzuhalten. Kartierung von Waldfledermäusen erforderlich.						
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Arrondierung nach N und W unter Beibehaltung des Abstandes von 1.000 m zu Neuengörs, im S allerdings Anpassung an die Abgrenzung des Eignungsgebietes gem. F-Plan. Geringfügige Ausdehnung auch auf Gebiet Weede.						
	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1813, 1551, 1517, 1315, 1188, 1091, 1022, 989, 974, 950, 930, 870, 869, 864, 794, 627, 623, 601, 534, 530, 528, 195						
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Hinsichtlich der gewünschten Erweiterungen wird den Voten teilweise gefolgt. Die Fläche wird nach Südwesten und Osten entsprechend erweitert. Nach Norden in Richtung Steinbek werden keine Erweiterungsmöglichkeiten gesehen. Hier ist der Abstand zur Siedlung von 800 m einzuhalten. Verbunden ist die Erweiterung mit dem Hinweis, dass die Gemeinde mit entsprechender städtebaulicher Begründung die Abstände gemäß der gemeindlichen Stellungnahme ggf. wieder vergrößern kann.						
	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1535, 1480, 1420, 1409, 1408, 1407, 1333, 1329, 971, 969, 922, 812, 624, 571, 454, 453, 452, 451, 430, 425, 102						
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Grundsätzlich ist der Hinweis, dass bei der Abgrenzung des Abstandes gewerbliche Bauten als Wohnhäuser eingestuft wurden, richtig. Es erfolgt insofern eine Anpassung, um der landesweit einheitlichen Festlegung der Abstandsradien gerecht zu werden. Allerdings bleibt ein entsprechender Abstandspuffer beiderseits der Kreisstraße frei. Nach Süden wird die Erweiterung nur bis zu dem in Ost-West-Richtung verlaufenden Wirtschaftsweg vorgenommen, um die Gesamtausdehnung des Windparks und die dominierende Wirkung auf die Ortslagen zu begrenzen. Die Gemeinde wünscht Abstände von 1.000 m zu den Siedlungen Neuengörs und Stubben. Aus regionalplanerischer Sicht ist eine Festlegung größerer Abstände nicht begründbar. Allerdings kann die Gemeinde im Zuge der Bauleitplanung städtebaulich begründet größere Abstände festlegen.						

	Bemerkungen: <u>Artenschutzrechtlicher Vorbehalt:</u> potentieller Beeinträchtigungsbereich eines Weißstorchbrutplatzes <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereiche für Jagdreviere und Sommerquartiere von Waldfledermäusen	Größe in ha
		62,1 + 32,8

	Planungsraum: I					Kreis SE	
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	gemeinsame Fl.	Gemeindenname Hardebek (Amt Bad Bramstedt-Land) Gemeinsame Fläche mit: Hasenkrug (Amt Bad Bramstedt-Land)
	185, 186, 187	1	x			x	
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Kreis, Landesplanung						
	Votum Gemeinde: Hasenkrug: Zustimmung Hardebek: keine Stellungnahme						
	Votum Kreis: Eignungsgebietsvorschlag						
	Kartierung Landesplanung: Potenzialfläche auf Teilen des Kreisvorschlages; Teile keine Potenzialfläche, weil zu geringe Abstände zu Einzelhaus / Splittersiedlung, Abstand zu Hochspannungsfreileitung						
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>Kreis</u> : relevantes Trittsteinnetz für Grünbrücke liegt weiter nördlich, ausreichender Korridorraum verbleibt. DWD-Einwand sollte gutachterlich geprüft werden. Weitere Einwände können auf Genehmigungsebene geprüft werden <u>Arpsdorf (Amt Aukrug, Kreis RD-ECK, 15.05.09)</u> : Zustimmung <u>Kreis Steinburg (25.05.09)</u> : keine Bedenken, wenn Abstand zu Splittersiedlungen mindestens 525 m <u>MWV (02.06.09)</u> : liegt im Funktionszusammenhang der Grünbrücke der A7 bei Brokenlande. Betroffen ist der Zugangs- und Migrationskorridor <u>Deutsche Bahn (12.05.09)</u> : 2 x Rotordurchmesser Abstand zu Hochleitungen der Bahn <u>DWD (13.05.09)</u> : keine Zustimmung, da innerhalb eines Radius um Wetterradaranlage Boostedt gelegen (Störungen des Radarempfanges) <u>WBV (28.05.09)</u> : Tieffluggebiet, Tageskennzeichnung aller WKA <u>privat</u> : In erster Linie Einwände gegen Repowering im Eignungsgebiet aber auch gegen Neuausweisungen, Gründe: optischer und akustischer Dauerstress, Orts- und Landschaftsbild zerstört, Tier- und Pflanzenwelt nimmt Schaden, Wertverlust der Immobilien <u>DWD (24.02.2011)</u> : Zustimmung, wenn bei der Erweiterung der bestehenden WKA die bestehende Höhe nicht überschritten wird.						
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Arrondierung wie Potentialfläche der Landesplanung ohne nach SW auslaufenden Zipfel, Abstand Hochspannungsleitung wird im Genehmigungsverfahren berücksichtigt. Das Gebiet wird mit einem textlichen Hinweis versehen, dass aufgrund der Belange des Deutschen Wetterdienstes mit Höhenbeschränkungen zu rechnen ist.						

Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: ID 1905, sowie ID 399 aus 1. Synopse zum Planungsraum IV	
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Im Zuge der Abwägung zu Fläche 109 (Planungsraum IV) ist auch Fläche 185 an den erforderlichen Abstand zu einem Einzelhaus anzupassen.	
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: ID 302	
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.	
	Bemerkungen: Hinweis auf Höhenbeschränkungen <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereiche für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Schwarzstorch, Uhu, Rotmilan	Größe in ha
		40,7 + 14,8 + 4,8

	Planungsraum: I						Kreis SE
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuweisung	gemeinsame Fl.	Gemeindenname Wiemersdorf, (Amt Bad Bramstedt-Land) Gemeinsame Fläche mit:
	189	7					
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Kreis, bestehendes Eignungsgebiet						
	Votum Gemeinde: Keine Stellungnahme						
	Votum Kreis: Eignungsgebiet reduzieren von 45 ha auf 34 ha						
	Kartierung Landesplanung: Keine Potenzialfläche, Abstände zu Siedlungen, Splittersiedlungen / Einzelhäusern						
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>Kreis:</u> Beibehaltung, Untersuchungen zum Umgebungsschutz Katharinenkirche erforderlich <u>Untere Denkmalbehörde:</u> Umgebungsschutzbereich Katharinenkirche, konkrete Beeinträchtigung ist näher zu untersuchen <u>DWD (13.05.09):</u> keine Zustimmung, da innerhalb eines Radius um Wetterradaranlage Boostedt gelegen (Störungen des Radarempfanges)						
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Grund für Reduzierung seitens des Kreises ist nicht ersichtlich. Fläche bleibt aus Gründen des Vertrauensschutzes unverändert bestehen, wenn Gemeinde nicht ausdrücklich Verkleinerung wünscht; auch wenn neue Abstände zu Siedlungen nicht eingehalten werden können. Zusätzlich wird Arrondierung nach W übernommen unter Berücksichtigung eines Abstandes von nur 400 m zu den nördlich gelegenen Häusern. Das Gebiet wird mit einem textlichen Hinweis versehen, dass aufgrund der Belange des Deutschen Wetterdienstes mit Höhenbeschränkungen zu rechnen ist.						
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: Keine						
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Die Fläche bleibt unverändert.						
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: Keine						
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.						
	Bemerkungen: Hinweis auf Höhenbeschränkung <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereiche für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Weißstorch, Uhu						Größe in ha
							18,6

	Planungsraum: I					Kreis SE
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	Gemeindenname Gönnebek (Amt Bornhöved) Gemeinsame Fläche mit:
	227	16			x	
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Kreis, Landesplanung, Gustav Warlies (privat) im Rahmen des 1. Anhörungsverfahrens erneut vorgeschlagen.					
	Votum Gemeinde: Ablehnung					
	Votum Kreis: Eignungsgebietsvorschlag					
	Kartierung Landesplanung: Potenzialfläche, teilweise deckungsgleich mit Kreisvorschlag, teilweise darüber hinaus. Gründe für die Abweichung: Abstände Siedlung, Splittersiedlung / Einzelhaus. Wenn Potenzialfläche LaPla größer, dann wg. gegenüber dem Kreis geringeren Abständen zu Siedlungen (800 m statt 1.000 m)					
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>UNB:</u> wegen Fließgewässern (Schwale, Stör, Sünderbek, Grenzau) und Knickstrukturen Kartierung von Avifauna und Fledermäusen erforderlich. <u>Denkmalschutzbehörde:</u> 5 km-Umgebungsbereich der Papiermühle Groß Kummerfeld, für den östlichen Teilbereich ist von wesentlichen Auswirkungen auszugehen. <u>DWD (13.05.09):</u> keine Zustimmung, da innerhalb eines Radius um Wetterradaranlage Boostedt gelegen (Störungen des Radarempfanges) <u>Forstbehörde:</u> (20.05.09): Waldfläche südl. Marienhof ist entfallen. Ersatzaufforstung südwestl. davon. Gemeinde (?): Hofstelle im Norden am Weg entlang der Schwale wurde nicht berücksichtigt <u>Gustav Warlies (28.01.09 an den Kreis):</u> bittet um Prüfung der Eignung seiner Ackerfläche <u>IG Windkraft Groß Kummerfeld (15.12.09 an Landesplanung):</u> Antrag auf Berücksichtigung der von der IG repräsentierten Grundstücke im Rahmen der Ausweisung neuer Eignungsgebiete. Begründung: Wertschöpfung vor Ort, Stärkung der Wirtschaftskraft, Bürgerwindpark, gute Erschließungsmöglichkeiten. Karte zu den Flächen liegt nicht bei <u>RSF Planungs-GbR (01.07.10 an Landesplanung):</u> Belange Vogel- und Fledermausschutz können im Verfahren geklärt werden. Denkmalschutz Papiermühle: Eigen Sichtstrahlenuntersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass die Mühle kaum einsehbar ist. Zur DWD-Stellungnahme: zu wenig konkrete Informationen über das tatsächliche Störpotenzial, keine Riegelbildung mit Nachbarkirch zu erwarten; Windpark nimmt nur geringen radialen Sektor von Boostedt aus gesehen ein; es kommen sehr langsam drehende WKA zum Einsatz. <u>Kreis:</u> Reduzierung im Norden wg. Hofstelle, Verbleib als Eignungsfläche, Untersuchungen zu Umgebungsschutz, Artenschutz erforderlich, Klärung Wetterradar. Groß Kummerfeld Siedlung ist nur bis auf Höhe des nach N abzweigenden Feldweges Innenbereich, Abstand reduzieren					
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Griesenbötzel ist Außenbereich, Abstand wird auf 400 m reduziert; Ebenso Groß Kummerfeld Siedlung gem. Angaben des Kreises. Keine Übernahme auf Gönnebeker Gebiet wg. ablehnendem Votum. Westlicher Bereich wird an der Grenze des inneren Einflussbereiches der Wetterradaranlage Boostedt abgeschnitten. Übernahme des verbleibenden Bereiches unter Berücksichtigung der korrigierten Abstandsradien als Eignungsgebiet Nr. 190. Das Gebiet wird mit einem textlichen Hinweis versehen, dass aufgrund der Belange des Deutschen Wetterdienstes mit Höhenbeschränkungen zu rechnen ist.					

Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: IDs 345, 1770	
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Im Umweltbericht wurde fehlerhaft angenommen, dass sich die Gemeinde Gönnebek gegen eine Ausweisung der im Nordwesten der Gemeinde gelegenen Fläche 16 ausgesprochen hat. Der Kreis unterstützt in seiner Stellungnahme den Wunsch der Gemeinde und stuft die Fläche als geeignet ein. Aus landesplanerischer Sicht sind keine Ausschlusskriterien erkennbar. Da in der Gemeinde Groß Kummerfeld aufgrund des ablehnenden Bürgerentscheides die angrenzende Fläche 190 entfällt, steht nicht zu befürchten, dass es zu einer zu starken Belastung mit WKA kommt. Hinsichtlich der Belange des Deutschen Wetterdienstes ist anzumerken, dass es durch die Streichung der Fläche 190 in Groß Kummerfeld und Hereinnahme der Fläche Gönnebek eher zu einer Verbesserung, zumindest aber zu keiner Verschlechterung hinsichtlich der Beeinträchtigung des Wetterraders kommen dürfte, da die Gönnebeker Fläche im selben Sektor des Radars liegt, aber weiter entfernt ist. Im Ergebnis wird die Fläche in den Abgrenzungen gemäß Runderlass vom 22.03.2011 übernommen.	
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1569, 1566, 1502, 1023, 810, 796	
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.	
	Bemerkungen: Mit Hinweis auf Höhenbeschränkung <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereiche für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögel: Schwarzstorch, Weißstorch, Uhu, Rotmilan, Weihen, Prüfbereich für Jagdreviere und Sommerquartiere von Fledermäusen	Größe in ha
		62,1

	Planungsraum: I						Kreis SE
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	gemeinsame Fl.	Gemeindenname Groß Niendorf (Amt Leezen) Gemeinsame Fläche mit:
	249	33			x		
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Gemeinde im Rahmen des 1. Anhörungsverfahrens erneut vorgeschlagen.						
	Votum Gemeinde: Zustimmung mit Flächenvorschlag (drei Teilflächen)						
	Votum Kreis: Ablehnung: Fläche O Groß Niendorf: charakteristischer Landschaftsraum (gilt unverändert)						
	Kartierung Landesplanung: Keine Potenzialfläche: regionaler Grünzug des Ordnungsraumes als einziges Ausschlusskriterium						
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>Gemeinde Groß Niendorf (25.07.10 an Landesplanung):</u> Gemeinde wünscht positive Haltung der Landesplanung zu Fläche 33, östl. Teilfläche an der Grenze zu Travenbrück. Einziger Ausschluss charakteristischer Landschaftsraum sei willkürlich abgegrenzt und nicht nachvollziehbar. Fläche stellt sinnvolle Arrondierung zum benachbarten Windpark Travenbrück dar. Nach Auffassung der Gemeinde stehen keine öffentlichen Belange entgegen. <u>WKN Windkraft Nord AG (10.08.10):</u> zur Lage im regionalen Grünzug: Ausschlussgebiet mit Möglichkeit der Feinsteuerung. Fläche liegt im Randbereich, Entscheidung fällt die Landesplanung. Zur Lage im charakteristischen Landschaftsraum: in 200 m zum Plangebiet befindet sich ein bestehender Windpark (Tralau), Vorbelastung ist gegeben, Arrondierung, charakteristischer Landschaftsraum kann nicht nachvollzogen werden, Willkür, kein freizuhaltenden Gebiete vorhanden. <u>Kreis:</u> hohe naturschutzfachliche Qualität des Raumes, Austauschbeziehungen der Vögel zwischen den umliegenden Schutzgebieten führen direkt über die Fläche. Ausnahme im regionalen Grünzug ist nicht begründbar.						
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Charakteristischer Landschaftsraum lt. Regionalplan für den Planungsraum I ist entgegen der Auffassung des Kreises nicht betroffen. Flächenwunsch der Gemeinde an der Grenze zu Travenbrück könnte ggf. übernommen werden. Regionaler Grünzug ist Ausschlusskriterium mit Feinsteuerung. Vorbelastung durch bestehendes Eignungsgebiet spräche dafür; ohnehin schon schmale Ausprägung des Grünzuges, der bei Ausweisung an dieser Stelle unterbrochen wäre, spräche dagegen. Dem Votum des Kreises wird gefolgt. Keine Übernahme.						
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: IDs 718, 855, 1770						
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Der Stellungnahme des Kreises zufolge liegt die östliche Teilfläche zwar noch am äußersten Rand des regionalen Grünzuges, hier bestünde jedoch Anschluss an das unmittelbar anschließend auf Stormarner Gebiet liegende potenzielle Eignungsgebiet 210, das durch diese Fläche sinnvoll erweitert werden könnte. Die westlichen Flächen liegen teilweise im charakteristischen Landschaftsraum und im Schwerpunktbereich des Biotopverbunds sowie in ungünstiger Nähe zum FFH-Gebiet. Dem Votum des Kreises wird gefolgt. Die östliche Teilfläche wird übernommen. Maßgeblich für die Abgrenzung sind die Abstände gemäß Runderlass vom 22.03.2011. Ergänzend zu den Argumenten des Kreises ist noch anzuführen, dass eine zusätzliche Aufnahme der westlichen Flächen dazu führen würde, dass der Ort Groß Niendorf von zwei Seiten von Windparks umgeben wäre. Auch aus diesem Grund wird nur die östliche Fläche übernommen.						

Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1614, 1460, 673, 105	
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.	
	Bemerkungen: <u>Artenschutzrechtlicher Vorbehalt:</u> Potenzieller Beeinträchtigungsbereich von Brutplätzen: Seeadler, Kranich, Baumfalke <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereich für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Uhu, Rotmilan	Größe in ha
		38,2

	Planungsraum: I						Kreis SE
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	gemeinsame Fl.	Gemeindename Großenaspe (Amt Bad Bramstedt-Land) Gemeinsame Fläche mit: Wiemersdorf (Amt Bad Bramstedt-Land)
	305	4, 42		x	x	x	
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von reiss, Gemeinden, Landesplanung, Wiebke & Peter Kollster (privat) im Rahmen des 1. Anhörungsverfahrens erneut von Privat vorgeschlagen.						
	Votum Gemeinde: Großenaspe: Zustimmung mit Flächenvorschlag (Nr. 42), nur teilweise überschneidend mit Vorschlag Kreis (Nr. 4) und Landesplanung Wiemersdorf: Zustimmung ohne Flächenvorschlag;						
	Votum Kreis: Eignungsgebietsvorschlag, nur teilweise überschneidend mit Nr. 42						
	Kartierung Landesplanung: Potenzialfläche weitgehend außerhalb Nr. 42, Teilmenge von Nr. 4: Abstände zu Siedlungen, Splittersiedlungen / Einzelhäusern, Wald, Autobahn						
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>WBV (28.05.09):</u> Tieffluggebiet, Tageskennzeichnung aller WKA <u>Untere Denkmalbehörde:</u> Umgebungsschutzbereich Katharinenkirche, konkrete Beeinträchtigung ist näher zu untersuchen <u>DWD (13.05.09):</u> keine Zustimmung, da innerhalb eines Radius um Wetterradaranlage Boostedt gelegen (Störungen des Radarempfanges) UNB: konkrete Untersuchungen zu Fledermäusen und Avifauna erforderlich, ansonsten keine Zustimmung, Verlagerung von Untersuchungen auf die Vorhabenebene wird nicht akzeptiert. <u>H.-G. Lüth / Großenaspe (21.07.09):</u> Vergrößerung der Fläche durch Reduzierung des Abstandes zu Teichen an der A7 auf 500 m <u>H.-G. Lüth (25.05.10 und 20.08.10):</u> Aufgrund der absehbaren Aufgabe von 3 Wohngebäuden im Außenbereich kann die Fläche noch vergrößert werden, Karte liegt dem Schreiben bei. Nutzungen sind bereits aufgegeben, bzw. Aufgabe vertraglich abgesichert für den Fall der Gebietsausweisung <u>Wiebke & Peter Kollster:</u> Ausweisung von Flächen im Bereich Dorotheenhof als Arrondierung zum Testfeld in Wiemersdorf. Optische Beeinträchtigung für Großenaspe ist wg. Wald und Autobahn nicht vorhanden. Vorteile für Gemeinde: Bürgerwindpark, Gewerbesteuer, Naturschutzförderung durch Ausgleichszahlungen <u>DWD (24.02.2011):</u> Es wird um Herausnahme des Bereiches der Test-WKA in Wiemersdorf gebeten <u>Kreis:</u> DWD-Einwand sollte gutachterlich geprüft werden. Untersuchungsbedarf Umgebungsschutzbereich, Fledermäuse, Avifauna						
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Aufgrund des Einwandes des DWD wird das Gebiet nicht übernommen. Es erfolgt ein Hinweis im Text auf die ausnahmsweise Zulässigkeit der Testanlagen und auf die Option eines Repowerings bzw. einer Erweiterung des Testfeldes sofern der DWD zustimmt.						
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: ID's 1633, 1401, 1396						
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Der Flächenteil auf Gebiet der Gemeinde Wiemersdorf ist bereits über ein Zielabweichungsverfahren als Standort für Testanlagen zugelassen worden und von der Gemeinde durch die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes überplant worden. Die Fläche wird jetzt in geringfügig größerer Form vorgeschlagen. Eine Erweiterung gegenüber dem Anlagenbestand stellt der Flächenvorschlag auf dem Gebiet der Gemeinde Großenaspe dar. Die Fläche hält alle erforderlichen Abstandskrite-						

	<p>rien ein und liegt insgesamt außerhalb von Ausschlussgebieten. Aufgrund der beabsichtigten oder schon umgesetzten Aufgabe der Wohnnutzung sind um die entsprechenden Gebäude keine Abstandsradien erforderlich. Die gesamte Vorschlagsfläche stellt eine Erweiterung des Schwerpunktbereiches der Windenergienutzung in der Gemeinde Wiemersdorf mit Ausdehnung auf die Gemeinde Großenaspe dar, die in der gesamträumlichen Betrachtung noch für vertretbar gehalten wird. Im Kreis Segeberg werden zugunsten einer Konzentration der Windenergienutzung auf einige geeignete Bereiche große landschaftlich und naturschutzfachlich wertvolle Räume freigehalten. Von einer Überlastung der benachbarten Ortslagen und Einzelhäuser ist mit dieser Erweiterung noch nicht auszugehen, da allenfalls von jeweils einer Seite optische Beeinträchtigungen zu erwarten sind, die jedoch durch Waldparzellen als sichtverschattende Elemente noch gemildert werden.</p> <p>Die Flächen liegen jedoch innerhalb des Einflussbereiches des vom DWD betriebenen Wetterradars Boostedt. WKA können in diesem Bereich zu Störungen bei der Radarbilderfassung führen. In den Text der Teilfortschreibung wird daher der bereits bestehende Hinweis auf mögliche Bauhöhenbeschränkungen auch für diese Fläche übernommen.</p> <p>Im Ergebnis kann die Fläche also grundsätzlich ausgewiesen werden. Um eine zu starke Nord-Süd-Ausdehnung zu vermeiden und eine kompakte Form des Gebietes zu erhalten, wird der nördliche Ausläufer des Vorschlages nicht übernommen.</p>	
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	<p>Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1614, 1347, 1345, 919, 788, 238, 173</p>	
	<p>Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.</p>	
	<p>Bemerkungen:</p> <p><u>Artenschutzrechtlicher Vorbehalt:</u> Potenzieller Beeinträchtigungsbereich von Kompensationsflächen mit artenschutzrechtlichen Entwicklungszielen.</p> <p><u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereich für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Weißstorch, Uhu; Prüfbereich für Jagdreviere und Sommerquartiere von Fledermäusen</p>	<p>Größe in ha</p> <p>288,0</p>

	Planungsraum: I						Kreis SE
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	gemeinsame Fl.	Gemeindenname Schmalensee (Amt Bornhöved) Gemeinsame Fläche mit: Damsdorf, Stocksee (beide Amt Bornhöved)
	306				x	x	
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von im Rahmen des 1. Anhörungsverfahrens vorgeschlagen.						
	Votum Gemeinde: -/-						
	Votum Kreis: -/-						
	Kartierung Landesplanung: -/-						
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: -/-						
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: -/-						
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1856, 1770, 1755, 1537, 1446,413, 400, 357, 355, 85						
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Es handelt sich um einen gemeindeübergreifenden Flächenwunsch der Gemeinden Damsdorf, TARBek, Schmalensee und Stocksee. Der Kreis Segeberg sieht hier Möglichkeiten einer Flächenausweisung, da der charakteristische Landschaftsraum in diesem Bereich aufgrund der weniger hochwertigen räumlichen Ausstattung bis zur K 52 und L 68 zurückgenommen werden soll (siehe Kreisstellungnahme). Aufgrund der ausgeprägten Randlage der westlichen Flächenteile im Naturpark Holsteinische Schweiz hält der Kreis hier eine begrenzte Nutzung für WKA für denkbar. Die südliche Grenze muss nach Auffassung des Kreises entlang der Verbindungsstraße zwischen Damsdorf und Schmalensee liegen. Südlich davon befinden sich Ausgleichsflächen, ein Modellflugplatz und der Umgebungsbereich des Denkmals Grimmsberg. Die nördliche Grenze sieht der Kreis entlang der K 57, weil nördlich davon die Ziele und Zwecke des Naturparks der Windenergienutzung entgegenstehen. Die Landesplanung schließt sich insgesamt dem Votum des Kreises an. Hier wird zwar ein bisher weitgehend von WKA freigehaltener Raum erstmalig genutzt, allerdings bietet sich hier auch die Möglichkeit zur Ausweisung einer relativ großen kompakten Fläche zugunsten der Freihaltung nach wie vor großer Bereiche. In der Abwägung der Ausbauziele für erneuerbare Energien mit landschaftspflegerischen und naturschutzfachlichen Belangen wird eine kompakte gemeindeübergreifende Ausweisung in den Grenzen des Kreisvorschlages für vertretbar gehalten. Der Flächenvorschlag wird in der beschriebenen Grenzziehung übernommen. Eine Überschneidung mit dem Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe oder mit einem Gebiet mit besonderer Bedeutung für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe liegt nicht vor. Ebenso gibt es keine Überschneidung mit genehmigten Abbauflächen.						
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1614, 1056, 997, 366, 132						
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Maßgeblich für den gewählten Flächenzuschnitt war neben der Stellungnahme des Kreises auch die landesplanerische Begründung, innerhalb und in Randlage des Naturparks Holsteinische Schweiz zwar eine Ausnahme gemäß Ziffer 3.5.2 Absatz 9 LEP zuzulassen, diese jedoch bewusst räumlich zu begrenzen, um den Störeinfluss in einem ansonsten von WKA freigehaltenen Bereich in Abwägung mit den energiepolitischen Zielen auf ein vertretbares Maß zu beschränken. Die Fläche liegt teilweise im Beeinträchtigungsbereich eines Seeadlerbrutplatzes. In den Regional-						

	<p>plan wird daher ein artenschutzrechtlicher Vorbehalt - potenzieller Beeinträchtigungsbereich eines Seeadlerbrutplatzes - aufgenommen.</p> <p>Der Bereich Stocksee beheimatet 11 der 15 in SH heimischen Fledermausarten, in dieser Moränenlandschaft mit hoher Knickdichte, Buchenwäldern mit Altbaumbeständen und Stillgewässern liegt eine besonders hohe Fledermausaktivität vor. Hierbei sind die lokalen und ziehenden Populationen von Mai bis Oktober von hoher Bedeutung.</p>	
	<p>Bemerkungen:</p> <p><u>Artenschutzrechtlicher Vorbehalt:</u> Potenzieller Beeinträchtigungsbereich eines Seeadlerbrutplatzes</p> <p><u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereich für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Seeadler, Rotmilan; Prüfbereich für Flugkorridore Wasservögel, Prüfbereich Jagd/Nahrungshabitate für Fledermäuse</p>	<p>Größe in ha</p> <p>196,3</p>

Kreis Herzogtum Lauenburg

	Planungsraum: I					Kreis RZ
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	gemeinsame Fl.
	196	x				
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Landesplanung, Gemeinde, Kreis in unterschiedlichen Zuschnitten					
	Votum Gemeinde: Zustimmung, Flächenvorschlag geht über den von Landesplanung und Kreis hinaus. Gemeinde möchte Abstand von 750 m zu Siedlungsflächen (wie bei bestehenden WKA)					
	Votum Kreis: Eignungsfläche Arrondierung, weitgehend identisch mit Vorschlag Landesplanung; für einen weiteren Teil des Gemeindevorschlags Einstufung als Potenzialfläche ohne Eignungsgebietsvorschlag					
	Kartierung Landesplanung: Potenzialfläche, Teilmenge des Gemeindevorschlags: Abstand Siedlung und Splittersiedlung / Einzelhaus, Abstand Wald					
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>Kreis:</u> Vorbehaltlich Bestätigung von Großvogel-Brutplätzen (Rotmilan, Baumfalke). Denkmalschutz (Kirche Steinburg-Eichede) ist abgewogen: Gebiet liegt nicht im Hauptsichtfeld. Hinweis auf Richtfunktrasse: WKA sind beiderseits der Trasse trotzdem möglich. Arrondierung wird als positiv gewertet <u>privat:</u> ausreichende Windhöflichkeit am Standort wird angezweifelt <u>privat:</u> Einspruch gegen Erweiterung WP Schiphorst wg. Missachtung des Gebotes der nachbarlichen Rücksichtnahme, akustische und optische Beeinträchtigungen, zu nah an Bebauung, Zerstörung der Naturlandschaft. <u>Archäologisches Landesamt SH (07.03.11):</u> Im unmittelbaren Nahbereich zum Eignungsgebiet Nr. 196 befinden sich zwei archäologische Denkmale, die nach § 5 DSchG in das Denkmalsbuch der Gemeinde Steinburg eingetragen sind. Es handelt sich hierbei um zwei Grabhügel. Das Denkmal Nr. 2 wurde durch jahrelanges bepflügen heruntergearbeitet, während das Denkmal Nr. 1 ein besonders gut erhaltener, weithin sichtbarer Grabhügel ist. Da es sich bei dem Denkmal um ein Einzelobjekt handelt und im Süden und im Osten des Denkmals durch die vorhandenen Windkraftanlagen bereits starke Vorbelastungen des Umgebungsbereiches nach § 9 DSchG gegeben sind, können wir einer Erweiterung des vorhandenen Windparks zustimmen, allerdings ist ein Mindestabstand von dem Denkmal zu den Windkraftanlagen von 500m einzuhalten. Die Größe und Lage des Eignungsgebietes ist entsprechend zu ändern.					
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Potenzialfläche der Landesplanung wird unter Berücksichtigung eines Abstandes von 500 m zum Hügelgrab übernommen					

Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1905, 1860, 1823, 1822, 1811, 1704, 1694, 1539, 1530, 1523, 1521, 1520, 1348, 459, 437, 184 sowie insbesondere 1524 (Erweiterungswunsch)	
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Dem Erweiterungswunsch kann teilweise gefolgt werden, da zum nördlich der Fläche gelegenen Gut Mühlenbrook fälschlicherweise ein Abstand von 800 m angenommen wurde. In westlicher Richtung ergibt sich allerdings keine Erweiterungsmöglichkeit, da hier ein Abstand von 500 m zu dem Hügelgrab erforderlich ist. Der schmale Bereich, der nordwestlich um die Waldparzellen herumführt wird ebenfalls nicht übernommen, da er so schmal ist, dass er kaum eine WKA einschließlich Rotor aufnehmen kann und damit faktisch nicht nutzbar wäre.	
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 903, 356	
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.	
	Bemerkungen: Artenschutzrechtliches Prüferfordernis: Prüfbereiche für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Weißstorch	Größe in ha
		49,0

	Planungsraum: I					Kreis RZ
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	gemeinsame Fl.
	198		x			
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Gemeinde, Kreis, Landesplanung					
	Votum Gemeinde: Breitenfelde: Zustimmung mit Flächenvorschlag Woltersdorf: Zustimmung mit Flächenvorschlag					
	Votum Kreis: <u>Breitenfelde:</u> Eignungsgebiet Arrondierung, Teilfläche mit Gemeindevorschlag identisch, anderer Teil liegt neben Gemeindevorschlagsfläche. Restfläche des Gemeindevorschlags Potenzialfläche ohne Gebietsvorschlag <u>Woltersdorf:</u> Vorschlag Eignungsgebiet liegt innerhalb des bestehenden Eignungsgebietes, Gemeindewunsch ist teilweise Potenzialfläche ohne Eignungsgebietsvorschlag					
	Kartierung Landesplanung: <u>Breitenfelde:</u> Potenzialfläche teilweise überlagert mit Gebietsvorschlag Kreis, teilweise mit Vorschlag Gemeinde, kleine Schnittmenge aller drei Vorschläge <u>Woltersdorf:</u> Potenzialfläche hat keine Schnittmenge mit Vorschlag Kreis oder Gemeinde wegen Unterschreitung der Siedlungsabstände, auf Teilfläche einziger Ausschluss Vogelzugkorridor					
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>Kreis:</u> Reduzierung der Flächenpotenziale durch 500 m Waldabstand, Brutplätze Kranich, Rotmilan, Storch und durch Konzentrationszone des Landvogelzuges entlang des Elbe-Lübeck-Kanals. Berücksichtigt wurden ebenfalls Sichtbeziehungen. Nördlich des bestehenden Windparks befindet sich eine Fläche, auf der Kiesabbau genehmigt, aber noch nicht durchgeführt ist. Aufgrund naturschutzfachlicher Belange (s.o.) soll das bestehende Eignungsgebiet reduziert und dafür nach W und NW erweitert werden. Höhenbegrenzung auf 100 m aus denkmalpflegerischen Gründen. Erweiterungsfläche liegt im Kiesabbaugebiet, Einigung zwischen Betreiber des Abbaus und WKA-Betreibern müsste gefunden werden. <u>Gemeinde Breitenfelde über Amt Breitenfelde (15.10.09):</u> Pauschalabstand des Kreises 500 m zu Wäldern (hier Waldstück „Röden“) wird kritisiert, widerspricht Empfehlungen des LANU. Betroffenheit Fledermäuse sollte gem. Empfehlungen des LANU im Genehmigungsverfahren geprüft werden und nicht schon vorher zur Nichtberücksichtigung einer Fläche führen. Flexiblere Handhabung der Abstände zu Brutplätzen gefordert (gutachterlich unterlegt). <u>Gemeinde Woltersdorf über Amt Breitenfelde (15.10.09):</u> Sichtachsen Kirche Breitenfelde und Kirche Niendorf – südliche Erweiterungsfläche WP Woltersdorf konnte bei Ortsbegehung nicht nachgewiesen werden. Sichtachse Gutshaus Niendorf - südliche Erweiterungsfläche WP Woltersdorf kann ebenfalls nicht nachgewiesen werden (Fotos liegen vor). Gemeinde beantragt Aufnahme der südlichen Erweiterung in den Regionalplan <u>Gemeinde Breitenfelde (Die Bürgermeisterin) (17.09.10):</u> Gemeinde sendet Untersuchungsbericht, wonach die im Gutachten behandelten Arten Kranich und Weißstorch Gefährdungen und Beeinträchtigungen durch WKA geringer sind als oft angenommen und postuliert. Für das geplante Windfeld in Breitenburg sollten daher folgende Abstände von WKA eingehalten werden: Kranich: mind. 500 m; Weißstorchhorst: mind. 1000 m und Freihaltung von Hauptflugkorridoren und –nahrungsplätzen.					
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Ausgewiesenes Eignungsgebiet bleibt in bisherigen Abgrenzungen bestehen. Das Kriterium Stadt-Umland-Bereich wird an dieser Stelle zurückgestellt (Randlage). Übernahme der dann möglichen Fläche östlich der Straße und nördlich des bestehenden Eignungsgebietes mit Höhenbegrenzung wegen einer Blickbeziehung über die Niederung des Priesterbaches hinweg zur Kirche. Durch die					

	Höhenbegrenzung wird auch den Belangend es MLUR Rechnung getragen	
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1642, 1461, 1357, 979 sowie insbesondere 1298 (Arrondierungswunsch)	
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Einer zusätzlichen Übernahme der Fläche westlich der Landesstraße L 200 wird nicht zugestimmt. Die weitere Ausdehnung der Fläche würde in dem reich strukturierten Naturraum eine zu stark dominierende Wirkung entfalten. In der Gesamtabwägung für den Planungsraum I aber auch für das gesamte Land Schleswig-Holstein ist festzustellen, dass ausreichend Potenzialflächen mit geringem Konfliktpotenzial vorhanden sind, um das raumordnerische und energiepolitische Ziel umzusetzen, 1,5 % der Landesfläche als Eignungsgebiete auszuweisen. Die Ausweisung weniger geeigneter Flächen wie im vorliegenden Fall ist daher im Rahmen des raumordnerischen Ermessens nicht erforderlich und nicht zwingend geboten, auch wenn die Fläche die harten Ausschlusskriterien erfüllt. Die Fläche bleibt unverändert.	
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: Keine	
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.	
	Bemerkungen: <u>Artenschutzrechtlicher Vorbehalt:</u> potentieller Beeinträchtigungsbereich eines Kranichbrutplatzes; Lage innerhalb eines Vogelzugkorridors (Bundeswasserstraße Elbe-Lübeck-Kanal) <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereich für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Weißstorch	Größe in ha
		40,5

	Planungsraum: I					Kreis RZ
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuweisung	Gemeindenname Lüttau (Amt Lüttau) Gemeinsame Fläche mit:
	200		x			
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Gemeinde, Kreis, Landesplanung					
	Votum Gemeinde: Lüttau: Zustimmung mit Flächenvorschlag					
	Votum Kreis: Lüttau: Geringe Ergänzung des bestehenden Gebietes nach NW, dafür Reduzierung im S und NE					
	Kartierung Landesplanung: Potenzialflächen deckungsgleich mit Gemeindevorschlägen, angrenzend an bestehendes Gebiet					
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>Kreis:</u> Zurücknahme des bestehenden Eignungsgebietes im Süden, weil Abstände nicht eingehalten werden (Schutzbereich Brutplatz Rotmilan, 1.000 m Abstand zu Kiessee in Buchhorst, 500 m Waldabstand, 1.000 m zu Winterquartier Fledermäuse). Zurücknahme im Norden wegen zwei Sichtfeldern: Aus der Ortslage Basedow über eine Grünzäsur mit Kirche im Vordergrund. Im Hintergrund der Kirche sollen keine WKA zu sehen sein. Westlich von Lüttau: Weiter Blick über den Niederungsbereich der Linau hinweg auf die Ortslage von Lüttau von einem Hochpunkt an der K 70 aus. Die auf einem Kirch-hügel gelegene und mit einem Lindenkranz versehene Kirche tritt dabei besonders hervor. Seitlich im Hintergrund sind die vorhandenen WKA erkennbar. Im Hinblick darauf, dass eine Erhöhung der WKA möglich ist, soll der Zwischenraum zwischen Kirche und WKA vergrößert werden, um die Beeinträchtigungen des Kulturdenkmals nicht zu verstärken. Aus vorstehenden Gründen wird eine Ergänzung der Eignungsfläche direkt nördlich der K 70 ausgeschlossen. Weiter nördlich gelegene Flächen kommen wegen der Überlagerung durch die Schutzabstände der Bruplätze von Rotmilan und Storch, dem 500 m Waldabstand sowie dem Biotopverbund entlang der Linau nicht in Frage. <u>Gemeinde Lüttau (22.07.10):</u> Antrag auf Übernahme der o.g. Arrondierungsfläche in leicht abgewandelter, vergrößerter Form, keine Zurücknahme des bestehenden Eignungsgebietes wie vom Kreis vorgeschlagen. Argumente des Kreises gegen Ausweisung können nicht nachvollzogen werden: vorsorglicher Fledermausschutz zu pauschal, kein vom LLUR ermitteltes bedeutendes Winterquartier. Abstand von 200 m zu Wäldern wird als ausreichend erachtet. Umgebungsschutzbereich zu pauschal ohne Kenntnis der konkreten baulichen Anlage, Blickbeziehung wird durch Foto widerlegt. <u>Kreis (03.08.10):</u> Zu o.g. Schreiben der Gemeinde Lüttau: Abstände und Pufferzonen aufgrund des Fledermausschutzes wurden aus den LLUR-Empfehlungen abgeleitet. Umgebungsbereich wurde mit der Unteren Denkmalbehörde festgelegt; diese lehnt WKA im Umgebungsbereich hab. Foto zu Blick-beziehungen ist vom falschen Standort gemacht worden. Blickbeziehung ist über längere Strecke auf der K 70 gegeben.					
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Übernahme des Überschneidungsbereiches der Flächenvorschläge Kreiskonzept und Landesplanung unter Berücksichtigung eines 500 m-Puffers zum Wald im S und W. Altes Eignungsgebiet bleibt unverändert bestehen.					

Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1816, 1792, 1744, 1479, 690, 687, 578, 376 (Erweiterungswunsch)	
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Dem Erweiterungswunsch wird gefolgt: Nach Westen und Südwesten wird die Fläche 200 unter Einhaltung eines Abstandes von 200 m zum Wald ausgedehnt. Die Ergebnisse des vorgelegten fledermauskundlichen Fachbeitrages sind aus naturschutzfachlicher Sicht nachvollziehbar. Ein gegenüber den ansonsten geltenden 100 m auf 200 m erweiterter Abstand wird als ausreichend erachtet. Nach Norden erfolgt eine Erweiterung bis auf 800 m an die Siedlung Lüttau heran.	
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1609, 1580, 529, 311, 216	
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.	
	Bemerkungen: <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereiche für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Weißstorch, Rotmilan, Prüfbereich für Jagdreviere und Sommerquartiere von Fledermäusen	Größe in ha
		78,7

	Planungsraum: I					Kreis RZ	
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuweisung	gemeinsame Fl.	Gemeindenname Wangelau (Amt Lütau) Gemeinsame Fläche mit:
	203				x		
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Gemeinden, Landesplanung (teilweise)						
	Votum Gemeinde: In beiden Gemeinden Zustimmung mit Flächenvorschlägen						
	Votum Kreis: Wangelau: Teilweise Potenzialfläche ohne Eignungsgebietvorschlag (Blickbeziehung Kirche Büchen-Pötrau, Umgebungsschutz „Alte Salzstraße“, Gewässerabstand, Geotop) Witzeeze (beide Flächen): Teilweise Potenzialfläche ohne Eignungsgebietvorschlag: Brutplätze Kranich, Weißstorch, Waldabstand 500 m						
	Kartierung Landesplanung: Potenzialfläche für Teil des grenzüberschreitenden Gemeindevorschlages, übrige Bereiche fallen wg. Abständen zu Siedlungen heraus. Keine Potenzialfläche für Vorschlag auf alleinigem Gebiet von Witzeeze: Abstände Siedlung, Wald, Einzelhaus; Restfläche < 20 ha						
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>Kreis:</u> Witzeese ist im südlichen Teil historisches Straßendorf mit zahlreichen erhaltenen Gebäuden, enge Beziehung zw. Ortslage und Landschaftsraum; WKA würden stark in den historischen Ortskern hineinwirken und das Ortsbild dominieren. Aus denkmalpflegerischen und ortsplanerischen Gründen ist die Fläche ungeeignet. <u>Gemeinde Wangelau (29.03.10):</u> Flächenvorschlag wird noch einmal bestätigt, Ausschlussgründe des Kreises können nicht nachvollzogen werden. Verlauf „Alte Salzstraße“ basiert auf neuerem, im Zuge der Flurneuordnung entstandenem Weg. Lt. Auskunft Archäologisches Landesamt sei die „Alte Salzstraße“ nicht als Denkmal ausgewiesen. Fraglicher Feldweg stünde WKA-Planung nicht entgegen. Die Sichtbeziehung zur Kirche in Pötrau ist kaum gegeben, da Sicht verschattende Elemente wie z.B. ein Waldstück und eine Hangkante zwischen Kirche und gepl. WKA liegen (Visualisierung liegt vor). Geotopdarstellung Kreis ist größer als Darstellung im Landschaftsrahmenplan, auf die der LEP Bezug nimmt. Für diese Abgrenzung ist keine unmittelbare Überprägung erkennbar. Zu den Fledermaus-Schutzabständen: Pauschalierte Betrachtung ist nicht hilfreich. Beeinträchtigung kann im Genehmigungsverfahren nachgewiesen werden und durch Minderungsmaßnahmen aufgefangen werden. Vogelschutzabstand zur Linau: keine großräumige Leitstruktur, LLUR-Broschüre stellt den Bereich nicht als Gebiet mit besonderer Bedeutung für den Vogelzug dar. <u>Gemeinde Wangelau (23.06.10):</u> Gemeinde nimmt zu Argumenten des Kreises erneut Stellung und führt aus, dass der Wegeabschnitt der Salzstraße im fraglichen Bereich kein eingetragenes Kulturdenkmal ist. Mit Fotos wird belegt, dass keine Blickbeziehungen zur Kirche in Pötrau bestehen. Abstände zum Geotop wurden auf Basis des Landschaftsrahmenplanes ermittelt und eingehalten. Es wurden die Abstände des Entwurfes des Runderlasses 2010 herangezogen. <u>Kreis Herzogtum Lauenburg (03.05.10):</u> Zu o.g. Schreiben der Gemeinde Wangelau. Alte Salzstraße ist kulturlandschaftsprägend und muss als Kulturdenkmal nach § 1 DSchG eingestuft werden. Pötrauer Kirche ist prägend, auch wenn sie nicht von jedem Standort aus dem Niederungsbereich eingesehen werden kann. Abstand zu Stillgewäseer und zur Linau ist aus Gründen des Fledermausschutzes erforderlich. Verweis auf LLUR-Gutachten.						
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Übernahme der Potenzialfläche der Landesplanung. Höhenbeschränkung aufgrund der Blickbeziehung vom Schulzentrum Büchen zur Pötrauer Kirche. Vorbehalt denkmalrechtliche Einstufung der Alten Salzstraße konnte durch Stellungnahme des Archäologischen Landesamtes ausgeräumt werden.						
Be we rtu	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren:						

Bewertung nach 2. Anhörungs- verfahren	Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1861, 1518, 1437, 1357, 1267, 939, 688, 465 sowie insbesondere 441 (Erweiterung) und 449 (negatives Gemeindevotum)	
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Den Voten der Gemeinden wird gefolgt. Die Fläche auf Wangelauer Gebiet bleibt bestehen. Der Teil in der Gemeinde Witzeeze wird aufgrund des ablehnenden Votums gestrichen. Die Höhenbegrenzung wird aus dem Text des Regionalplanes gestrichen. Die zulässigen Anlagenhöhen sind über das Genehmigungsverfahren zu klären.	
	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1579, 1484, 542	
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.	
	Bemerkungen: <u>Artenschutzrechtlicher Vorbehalt:</u> potenzieller Beeinträchtigungsbereich eines Kranichbrutplatzes; Lage innerhalb eines Vogelzugkorridors (Bundeswasserstraße Elbe-Lübeck-Kanal) <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereich für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Weißstorch	Größe in ha
		49,5

	Planungsraum: I						Kreis RZ
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	gemeinsame Fl.	Gemeindename Kastorf (Amt Berkenthin), Gemeinsame Fläche mit: Siebenbäumen (Amt Sandesneben- Nusse)
	204				x	x	
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Landesplanung						
	Votum Gemeinde: Siebenbäumen: positiv, Vorschlag an anderer Stelle Kastorf: positiv, Vorschlag an anderer Stelle						
	Votum Kreis: Keine Potenzialfläche:						
	Kartierung Landesplanung: Potenzialfläche						
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>Kreis am 21.01.2011:</u> zum Gut muss aus Sicht des Denkmalschutzes ein Abstand von 500 m eingehalten werden. Fläche liegt im äußeren Ring des Bauschutzbereiches Flugplatz Lübeck <u>Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr, Flugsicherung (22.02.2011):</u> Keine grundsätzlichen Bedenken, ggf. Höhenbeschränkungen im Genehmigungsverfahren						
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Aus Kreiskonzept sind keine Ablehnungsgründe erkennbar. Fläche wird daher mit Abstand 500 m zum Gut Bliestorf übernommen. Schmale Anteile auf Gemeindegebiet Siebenbäumen und Bliestorf werden wg. ungünstigem Zuschnitt gestrichen.						
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1857, 1599, 1310, 1294, 1288, 1236, 1185, 1183, 820, 691, 525, 311, 266, 192 sowie insbesondere 1337 (negatives Gemeindevotum) und 674 (Erweiterungswunsch)						
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Die Fläche 204 wird teilweise aus dem Planentwurf gestrichen, da sich die Gemeinde Bliestorf am 14.11.2011 per Gemeindebeschluss gegen die Ausweisung des Eignungsgebietes ausgesprochen hat. Der Anteil der Fläche in der Gemeinde Kastorf bleibt erhalten. Dem Votum zur Erweiterung wird teilweise gefolgt. Aufgrund der verringerten Waldabstände kann eine Erweiterung nach Westen auf Gemeindegebiet Siebenbäumen bis auf 100 m an die Waldparzelle östlich der K 42 übernommen werden. Alle darüber hinausgehenden Erweiterungswünsche in der Gemeinde Kastorf führen zu einer zu starken Ost-West-Ausdehnung der Fläche mit Riegelwirkung gegenüber den Siedlungen Kastorf und Siebenbäumen.						
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 800, 328, 307						
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Die Argumentation hinsichtlich der nicht gegebenen Riegelwirkung kann nachvollzogen werden. Durch den Zuschnitt der Fläche ergeben sich nur begrenzte Aufstellungsmöglichkeiten, wodurch eine optische Barrierewirkung gemildert wird. Die Erweiterung bis an die Kreisstraße heran wird daher noch übernommen.						
	Bemerkungen: <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereich für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Weißstorch, Rotmilan; Uhu.						Größe in ha
							80,7

	Planungsraum: I						Kreis RZ
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuweisung	gemeinsame Fl.	Gemeindename Krukow (Amt Lütow) Gemeinsame Fläche mit: Juliusburg, Schnakenbek (beide Amt Lütow)
	244				x		
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Krukow: Landesplanung, Kreis Juliusburg und Schnakenbek: Landesplanung im Rahmen des 1. Anhörungsverfahrens erneut von Privat vorgeschlagen.						
	Votum Gemeinde: Krukow: keine Äußerung Juliusburg und Schnakenbek: Zustimmung ohne Flächenvorschlag						
	Votum Kreis: Krukow: Eignungsgebietsvorschlag Juliusburg und Schnakenbek: Potenzialfläche ohne Eignungsgebietsvorschlag						
	Kartierung Landesplanung: Krukow: Potenzialfläche, nur teilw. deckungsgleich mit Eignungsgebietsvorschlag Kreis wg. Siedlungsabstand Juliusburg: Potenzialfläche etwas kleiner als Potenzialfläche Kreis Schnakenbek: sehr kleiner Anteil Potenzialfläche, kleiner als Potenzialfläche Kreis						
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>Kreis:</u> Der größere Teil der ermittelten Potenzialflächen entfällt aufgrund von zwei Sichtfeldern über die Kirche von Lütow hinweg. Es ist davon auszugehen, dass WKA, die im Bereich Krukow / Schnakenbek errichtet werden, zu sehen sind und die Kirche deutlich überragen. Dies würde zu einer wesentlichen Beeinträchtigung der Kirche und der Gesamtsituation führen. Deshalb nur in der Gemeinde Krukow eine Eignungsfläche. <u>Gemeinde Krukow:</u> Beschluss vom 16.01.09 für eine konkrete Fläche wird aufgrund einer Bürgerinitiative am 20.08.09 wieder aufgehoben. Keine neue Beschlussfassung <u>B. Wieck, BI „Gegenwind in Krukow“ (07.06.10):</u> Es gebe keinen gültigen Beschluss der Gemeindevertretung für die vorgeschlagene Fläche; Wirtschaftlichkeit wird wegen mangelnder Windhöflichkeit angezweifelt. Wenn die Fläche im Entwurf aufgenommen wird, greift ein Bürgerbegehren und ein Bürgerentscheid muss durchgeführt werden. <u>B. Wieck, BI „Gegenwind in Krukow“ (24.08.10):</u> Weist auf die Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses zur Ausweisung eines Bürgerwindparks hin und fügt diesen in Kopie bei.						
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Eignungsflächenvorschlag Kreis kann nicht übernommen werden wg. zu geringer Abstände zur Siedlung. Übernahme des nördlichen Teiles der Potenzialfläche Landesplanung, nach S bis zu den beiden Aussparungen durch Waldparzellen wäre vertretbar. Überprüfung, ob die Parzellen als Wald einzustufen sind. Gemeindevotum ist allerdings als Ablehnung zu werten, daher letztendlich keine Übernahme.						
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: ID's 1312, 440						
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Die Fläche liegt nicht innerhalb von Ausschlusskriterien und erfüllt alle Abstandsvorgaben. Aus den Gemeinden Juliusburg und Schnakenbek liegen keine Stellungnahmen zur Teilfortschreibung der Regionalpläne vor. Die Gemeinde Krukow ist grundsätzlich bereit, Eignungsgebiete für die Windenergienutzung vorzuhalten. Damit entfällt das Hauptargument, welches zum Zeitpunkt der Entwurfserstellung noch einer Ausweisung entgegengehalten wurde (unklare Position der Gemeinde Krukow, die letztendlich als Ablehnung gewertet wurde). Eine Ausweisung wird nunmehr für raumordnerisch vertretbar gehalten. Durch den gemeindeübergreifenden Zuschnitt der Fläche ergibt sich eine sinnvolle Konzentrationsfläche, an der drei Gemeinden partizipieren können. Die Fläche wird						

	daher auch einem weiteren Vorschlag im Norden der Gemeinde Juliusburg vorgezogen, der zugunsten dieser Konzentrationslösung nicht übernommen wird.	
Bewertung nach 2. Anhörungs- verfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1626, 1486, 1485, 1376, 816, 631, 510	
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.	
	Bemerkungen: <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereich für Jagdreviere und Sommerquartiere von Fledermäusen	Größe in ha
		195,4

	Planungsraum: I						Kreis RZ
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	gemeinsame Fl.	Gemeindenname Siebenbäumen (Amt Sandesneben- Nusse) Gemeinsame Fläche mit: Kastorf (Amt Berkenthin)
	247				x	x	
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Gemeinde im Rahmen des 1. Anhörungsverfahrens erneut von Privat vorgeschlagen.						
	Votum Gemeinde: Zustimmung mit Flächenvorschlag						
	Votum Kreis: Keine Potenzialfläche: vom Kreis neu definierter großräumiger Freihaltebereich, 1.000 m Abstand zu Brutplatz Rotmilan 1.000 m Abstand zu Schutzgebiet, 500 m Abstand zu Wald						
	Kartierung Landesplanung: Nur in zwei Teilbereichen < 20 ha Potenzialfläche, sonst Abstand zu Siedlungen, Abstand Wald, Abstand Hochspannungsleitung nicht eingehalten. Es verbleiben durch Zerschneidung Hochspannungsleitung zwei kleine Restflächen < 20 ha						
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept:						
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Unkritische Restfläche ist zu klein. Prüfung der Ausschlusskriterien des Kreises erübrigt sich an dieser Stelle						
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: ID's 1982, 1465						
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Dem Votum wird gefolgt. Der charakteristische Landschaftsraum kann in diesem Bereich bis an die Kreisstraße K 77 heran zurückgenommen werden. Innerhalb dieses zurückzunehmenden Streifens liegen keine Gebietstypen gemäß Ziffer 3.5.2 Absatz 10 Landesentwicklungsplan. Die Funktion als Randbereich oder Pufferzone ist hier nicht erforderlich, da nur ein kleiner Ausläufer des Biotop-Schwerpunktbereiches bis an die K 77 heranreicht und der Bereich, der gestrichen werden soll, eine weniger hochwertige naturräumliche Ausstattung aufweist. Die Fläche wird im Wesentlichen in den von der Gemeinde beantragten Grenzen übernommen.						
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1550, 1383, 805, 800, 744, 695, 691, 450, 82						
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Das geplante Naturschutzgebiet Wehrenteich liegt innerhalb der vom Land vorgenommenen Abgrenzung des charakteristischen Landschaftsraumes. Die Fläche 247 wird daher mit einem artenschutzrechtlichen Vorbehalt versehen. Aufgrund des Hinweises aus einer Stellungnahme zur Fläche Siebenbäumen erfolgt eine Streichung des versehentlich auf Klinkrader Gebiet ausgewiesenen Teils. Dafür erfolgt eine Erweiterung nach Osten, indem die Abstände zur Bebauung, abgestuft nach Innenbereich und Außenbereich angepasst werden.						
	Bemerkungen: <u>Artenschutzrechtlicher Vorbehalt:</u> potenzieller Beeinträchtigungsbereich von Kranichbrutplätzen <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereich für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Weißstorch, Rotmilan, Kranich (Schwerpunktlebensraum Kranich), Roter Milan, Prüfbereich Jagd-/Nahrungshabitate/Flugstraßen von Fledermäusen.						Größe in ha
							46,7

	Planungsraum: I					Kreis RZ
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	gemeinsame Fl.
	307		x			
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Gemeinde, Landesplanung im Rahmen des 1. Anhörungsverfahrens erneut von Privat vorgeschlagen.					
	Votum Gemeinde: Zustimmung mit Flächenvorschlag					
	Votum Kreis: Vorschlag Eignungsgebiet liegt innerhalb des bestehenden Eignungsgebietes, Gemeindewunsch ist teilweise Potenzialfläche ohne Eignungsgebietsvorschlag					
	Kartierung Landesplanung: Potenzialfläche hat keine Schnittmenge mit Vorschlag Kreis oder Gemeinde wegen Unterschreitung der Siedlungsabstände, auf Teilfläche einziger Ausschluss Vogelzugkorridor					
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>Kreis:</u> Reduzierung der Flächenpotenziale durch 500 m Waldabstand, Brutplätze Kranich, Rotmilan, Storch und durch Konzentrationszone des Landvogelzuges entlang des Elbe-Lübeck-Kanals. Berücksichtigt wurden ebenfalls Sichtbeziehungen. Nördlich des bestehenden Windparks befindet sich eine Fläche, auf der Kiesabbau genehmigt, aber noch nicht durchgeführt ist. Aufgrund naturschutzfachlicher Belange (s.o.) soll das bestehende Eignungsgebiet reduziert und dafür nach W und NW erweitert werden. Höhenbegrenzung auf 100 m aus denkmalpflegerischen Gründen. Erweiterungsfläche liegt im Kiesabbaugebiet, Einigung zwischen Betreiber des Abbaus und WKA-Betreibern müsste gefunden werden. <u>Gemeinde Woltersdorf über Amt Breitenfelde (15.10.09):</u> Sichtachsen Kirche Breitenfelde und Kirche Niendorf – südliche Erweiterungsfläche WP Woltersdorf konnte bei Ortsbegehung nicht nachgewiesen werden. Sichtachse Gutshaus Niendorf - südliche Erweiterungsfläche WP Woltersdorf kann ebenfalls nicht nachgewiesen werden (Fotos liegen vor). Gemeinde beantragt Aufnahme der südlichen Erweiterung in den Regionalplan					
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Ausgewiesenes Eignungsgebiet bleibt in bisherigen Abgrenzungen bestehen. Das Kriterium Stadt-Umland-Bereich wird an dieser Stelle zurückgestellt (Randlage). Übernahme der dann möglichen Fläche östlich der Straße und nördlich des bestehenden Eignungsgebietes als Eignungsgebiet Nr. 198 mit Höhenbegrenzung wegen einer Blickbeziehung über die Niederung des Priesterbaches hinweg zur Kirche. Durch die Höhenbegrenzung wird auch den Belangend es MLUR Rechnung getragen.					
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: ID 1298					
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Der Arrondierungswunsch nach Süden kann nach erneuter Prüfung aufgrund der vorliegenden Stellungnahme der e.n.o. ernergy GmbH übernommen werden. Die randliche Betroffenheit des Schwerpunktbereiches für den Vogelzug entlang des Elbe-Lübeck-Kanals ist aufgrund der Vorbelastung durch den bestehenden Windpark vertretbar. Die Betroffenheit denkmalrechtlicher Belange ist als nachrangig zu bewerten und führt nicht zum Ausschluss der Fläche.					
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1475, 555, 514, 371					

	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.	
	Bemerkungen: <u>Artenschutzrechtlicher Vorbehalt:</u> potentieller Beeinträchtigungsbereich eines Kranichbrutplatzes; Lage innerhalb eines Vogelzugkorridors (Bundeswasserstraße Elbe-Lübeck-Kanal) <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereich für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Weißstorch, Kranich	Größe in ha 7,7

Kreis Stormarn

	Planungsraum: I					Kreis OD
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	gemeinsame Fl.
	209		x			
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von privat					
	Votum Gemeinde: Geht davon aus, dass eine bereits ausreichend dimensionierte Eignungsfläche ausgewiesen ist. Geeignete Flächen für Neuausweisungen derzeit nicht erkennbar (05.03.09). Amt (10.07.09): „amtsangehörige Gemeinden werden keine Anstrengungen unternehmen entgegen der Kartierungen Flächen ausgewiesen zu bekommen“					
	Votum Kreis: Keine Potenzialfläche, Kriterien sind aus Kreiskonzept nicht ersichtlich					
	Kartierung Landesplanung: Privater Vorschlag ist keine Potenzialfläche: Abstände zu Wald und Siedlungen werden unterschritten. Die zwei Mini-Arrondierungsflächen 149 und 453 sind vernachlässigbar und als redaktionelle Anpassungen zu werten					
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: privat: Möchte Eignungsgebiete nach SO erweitern, dafür im N verkleinern. So können größere Abstände zur Siedlung eingehalten werden und es wird eine gut Konzentrationswirkung zusammen mit den bestehenden WKA erzielt					
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Keine Übernahme der privaten Vorschlagsfläche wegen zu geringer Abstände zu Siedlungen und entgegenstehendem Votum der Gemeinde. Die redaktionellen Anpassungen der Potentialflächen der Landesplanung werden übernommen.					
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1493, 753					
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Die Fläche bleibt unverändert.					
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1308, 1016					
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.					
	Bemerkungen: zwei Teilflächen <u>Artenschutzrechtlicher Vorbehalt:</u> potenzieller Beeinträchtigungsbereich eines Kranichbrutplatzes <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereiche für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Weißstorch, Rotmilan					Größe in ha
						1,3

	Planungsraum: I						Kreis OD
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuweisung	gemeinsame Fl.	Gemeindenname Travenbrück (Amt Bad Oldesloe-Land) Gemeinsame Fläche mit:
	210		x				
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Gemeinde						
	Votum Gemeinde: Positiv (05.03.09), Eigentümer wünscht aber keine Erweiterung des Eignungsgebietes. Gemeinde schlägt Alternativfläche zwischen OT Schlamersdorf und Sühlen südl. der L 83 vor (kein Lageplan)						
	Votum Kreis: Keine Potenzialfläche: Kriterien sind aus Kreiskonzept Stormarn nicht ersichtlich						
	Kartierung Landesplanung: Keine Potenzialfläche: Randlage LSG und regionaler Grünzug; teilweise Abstand Siedlung und Wald unterschritten, Hochspannungsleitung						
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>Kreis am 09.02.2011:</u> Umgebungsschutz Denkmal Gut Neverstaven und Gut Tralau betroffen. Landschaftsschutzgebiet (wurde nur im Bereich des bestehenden Eignungsgebietes entwidmet)						
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Arrondierung des bestehenden Eignungsgebietes nach N. Randlage im LSG und regionalen Grünzug würde ggf. Ausnahme rechtfertigen. Entwidmung des LSG könnte auf den hinzukommenden Bereich ausgeweitet werden. Von der Gemeinde vorgeschlagene Ausweichfläche ist als weniger geeignet zu bewerten, weil dann ein neuer Bereich in Anspruch genommen wird. Arrondierung ist vor dem Hintergrund der Eingriffsminimierung vorzuziehen. Mit Rücksicht auf die Lage im potenziellen Beeinträchtigungsbereich des Seeadlers wird die Fläche nach Osten hin begrenzt, um nicht weiter als das bestehende Eignungsgebiet in den Beeinträchtigungsbereich hineinzuragen.						
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: Keine						
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Die Fläche bleibt unverändert.						
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: Keine						
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.						
	Bemerkungen:						Größe in ha
	<u>Artenschutzrechtlicher Vorbehalt:</u> Potenzieller Beeinträchtigungsbereich von Brutplätzen: Seeadler, Kranich, Baumfalke <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereich für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Weißstorch, Rotmilan, Uhu						40,4

	Planungsraum: I						Kreis OD
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	gemeinsame Fl.	Gemeindenname Bargteheide, Stadt Gemeinsame Fläche mit:
	246				x		
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von im Rahmen des 1. Anhörungsverfahrens vorgeschlagen.						
	Votum Gemeinde: -/-						
	Votum Kreis: -/-						
	Kartierung Landesplanung: -/-						
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: -/-						
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: -/-						
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: ID 1555						
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Der Flächenvorschlag der Stadt Bargteheide wurde geprüft. Die Fläche kann in reduzierter Form übernommen werden. Nördlich des Glindfelder Weges beginnt ein regionaler Grünzug, in ca. 850 m Entfernung zur geplanten Fläche liegt nördlich das denkmalgeschützte Gut Jersbek mit Barockgarten. Die Kombination dieser beiden Abwägungskriterien rechtfertigt hier die Freihaltung des Regionalen Grünzuges im Sinne der Ziffer 3.5.2 Absatz 9 Landesentwicklungsplan. Eine Begründung für eine Ausnahme lässt sich hier nicht herleiten. Die Fläche wird daher im Norden durch den Glindfelder Weg begrenzt und erreicht damit noch eine ausreichende Größe von ca. 21 ha. Südlich dieses Weges sind keine Ausschlusskriterien erkennbar.						
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1614, 1308, 569, 511, 218, 157						
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.						
	Bemerkungen: Artenschutzrechtliches Prüferfordernis: Prüfbereich für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Seeadler, Baumfalke, Rohrweihe, Wachtelkönig, Wespenbussard und Kranich						Größe in ha
							20,7

Kreis Pinneberg

	Planungsraum: I					Kreis PI
	Flächen-Nummer	Flächen-Nummer Kreiskonzept	Arrondierung	WKA außerhalb	Neuausweisung	gemeinsame Fl.
	250		x			
Bewertung vor 1. Anhörungsverfahren	vorgeschlagen von Gemeinde im Rahmen des 1. Anhörungsverfahrens erneut vorgeschlagen.					
	Votum Gemeinde: Zustimmung mit Flächenwunsch					
	Votum Kreis: Kleiner Teil des Gemeindevorschlags: Prüfraum (Potenzialfläche ohne Eignungsgebietsvorschlag)					
	Kartierung Landesplanung: Keine Potenzialfläche: LSG, regionaler Grünzug, Vogelzug-Korridor, charakteristischer Landschaftsraum; Abstand Siedlung, Abstand Schutzgebiet					
	Vorliegende Stellungnahmen zum Kreiskonzept: <u>Kreis:</u> Gebiet liegt innerhalb Krückau-Niederung = charakteristischer Landschaftsraum, der lt. RegPI I freizuhalten ist. Zusätzlich liegt Fläche innerhalb Landschaftsschutzgebiet „Pinneberger Elbmarschen“, im südlichen Teil auch innerhalb eines regionalen Grünzuges. Krückau in 100 m Entfernung besitzt als Orientierungshilfe für den Vogelzug hohe Bedeutung. Daher keine Eignung.					
	Einschätzung vor Anhörungsverfahren: Aus o.g. Gründen keine Übernahme					
Bewertung nach 1. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 1. Anhörungsverfahren: Siehe 1. Synopse zum Planungsraum I: IDs 739, 1024					
	Einschätzung nach 1. Anhörungsverfahren: Die Fläche liegt außerhalb des charakteristischen Landschaftsraumes "Krückau-Niederung". Sie liegt, wie bereits das bestehende Eignungsgebiet, innerhalb eines großflächigen Landschaftsschutzgebietes. Der regionale Grünzug wird nur am südlichen Rand berührt. Abstände zu Siedlungen und Schutzgebieten können eingehalten werden. Im Kreis Pinneberg befindet sich neben dem Eignungsgebiet Raa-Besenbek nur noch ein weiteres Gebiet in der Gemeinde Uetersen. Im dicht besiedelten Kreis Pinneberg haben Freiräume und Schutzzonen sowie Biotopverbundstrukturen eine hohe Bedeutung. Daher kommt der Arrondierungsmöglichkeit der bestehenden Flächen ein Vorrang gegenüber Neuausweisungen von Eignungsgebieten zu, um die Gesamtbelastung des Raumes gering zu halten und gleichwohl in begrenztem Umfang neue Flächen zu ermöglichen. Im Ergebnis wird daher dem Arrondierungswunsch der Gemeinde Raa-Besenbek zugestimmt. Die geringe Mehrbelastung innerhalb des großflächigen LSG wird in diesem Zusammenhang als vertretbar angesehen.					
Bewertung nach 2. Anhörungsverfahren	Stellungnahmen im 2. Anhörungsverfahren: Siehe 2. Synopse zum Planungsraum I: IDs 1300, 414, 266, 83					
	Einschätzung nach 2. Anhörungsverfahren: Neue abwägungsrelevante Argumente wurden nicht vorgebracht, die Fläche bleibt unverändert erhalten.					

	Bemerkungen: <u>Artenschutzrechtlicher Vorbehalt:</u> Lage innerhalb eines Vogelzugkorridors (Bundeswasserstraße Krückau) <u>Artenschutzrechtliches Prüferfordernis:</u> Prüfbereich für Nahrungsflächen und Flugkorridore von Brutvögeln: Seeadler	Größe in ha
		24,9